IMT Nuremberg Archives

H – 728

International Court of Justice

H0728 — 0002

Notice.

Not to be published until presented before the tribunal in open court and then only that portion actually submitted as evidence.

Ne pas publier avant présentation devant le tribunal en audience publique et seulement la partie réellement versée au dossier.

Nicht zu veroeffentlichen vor Darlegung vor dem Gericht (Tribunal) in oeffentlicher Sitzung und dann nur jenen Tail, welcher tatsaechlich zur Beweisfuehrung uebermittelt wurde.

Не публиковать до того, как представлено на публичном заседании Трибунала и только ту часть, которая представлена в качестве доказательства.

H0728-0003

I certify that none of the documents included herein have been denied by the Tribunal and that this document book has been examined with the prosecution in accordance with the ruling of the Tribunal dated 4 April 1946.

Je certife qu'aucun des documents ci-inclus n'a été contesté par le Tribunal, et que ce livre de documents a été examiné par le Minstére Public suivant les règles du Tribunal, en date du 4 Avril 1946.

Ich bestaetige, dass kine der hierin enthaltenen Dokumente vom Gerichtshof abgelehnt wurden und dass dieses Dokumentenbuch gemeinsam mit der Anklagevertretung durchgesehen wurde, in Uebereinstimmung mit der Entscheidung des Gerichtshofes vom 4 April 1946.

Signature of Counsel

Signature de l'Avocat

Unterschrift des Verteidigers.

H0728 - 0004

U r k u n d e n b u c h III

(Dok. 86 – 96
Seiten 189 – 240)

zur Verteidigung des Angeklagten Franz von P a p e n

vorgelegt vom Verteidiger
Dr. Egon K u b u s c h e k

HO728 - 0005

Inhaltsverzeichnis

des Dokumentenbuchs III

Dokumentenbuch III: Dok. 86 - 96, Seiten 189 - 24o

v.Papen Dok.Nr.	bereits vorgelegt als	Beschreibung der Urkunde	Seite
86		Auszug aus Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, Jahrgang 1932	189 - 193
87		1. eidesstattliche Versicherung des Reichsministers a.D. Alfred Hugenberg vom 25.5.1946	194 - 195
88		2. eidesstattliche Versicherung des Reichsministers a.D. Alfred Hugenberg vom 25.5.1946	196 - 198
89		Erklärung des Friedrich Karl Graf von Pfeil vom 19.5.1946	199 - 2oo
9o		Eidesstattliche Versicherung des Gottfried Graf von Bismarck - Schönhausen vom 29.5.1946	2o1
91	USA-Exh.578 (2962-PS)	Auszug aus der Niederschrift über die Ministerbesprechung vom 15.3.1933	2o2 - 2o3
92		Auszug aus L'EUROPE NOUVELLE vom 8.3.193o	2o4 - 2o5
		Deutsche Übersetzung	2o4a-2o5a
93		Fragebogen des Kurt Freiherr von Lersner	
		a) Abschrift des Originals	2o6 - 2o9
		b) Zusammenstellung der Fragen und Antworten	21o-- 216

H0728 - 0006

Inhaltsverzeichnis
Dok.Buch v. Papen
(Band III)

v.Papen Dok.Nr.	bereits vorgelegt als	Beschreibung der Urkunde	Seite
94		Brief des Kurt Freiherrn von Lersner an Mr.Kirkpatrick vom 7.6.1945	217 - 219
95		Fragebogen Prof.Marchionini	
		a) Abschrift des Originals	22o - 225
		b) Zusammenstellung der Fragen und Antworten	226 - 229
96		Fragebogen des Victor Prinz zu Erbach-Schönberg	
		a) Abschrift des Originals	23o - 234
		b) Deutsche Übersetzung	235 - 24o

H0728-0007

Inhaltsverzeichnis

des Nachtrags zu Dokumentenbuch III

(Dok. 97 - 1oo, Seiten 241 - 25o)

v.Papen Dok.Nr.	bereits vorgelegt als	Beschreibung der Urkunde	Seite
97		Eidesstattliche Versicherung des Theobald Graf v. Seherr-Thoss vom 14. Mai 1946	241
98		Ergebnisse der Reichstagswahlen 193o/1932 und der Wahl des Reichspräsidenten im März /April 1932 (entnommen aus Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, Herausgegeben von Ulrich Thürauf, C.H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München)	242-244
99		Eidesstattliche Versicherung des Friedrich Graf Schaffgotsch vom 8. Mai 1946	245
1oo	Vgl.v.Papen Dok.Nr.12 (Seite 1,4-6) und Nr. 38, ferner 3387 PS = USA Exh. 566	Erklärungen Hitler's als Reichskanzler des am 3o.1.1933 gebildeten Koalitions-Kabinetts über dessen beabsichtigte Aussenpolitik. (Auszüge aus Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, Herausgegeben von Ulrich Thürauf, Jahrgang 1933, C.H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München)	246-25o

H0728-0008

I n h a l t s v e r z e i c h n i s

v.Papen Dok.Nr.	Beschreibung der Urkunde
101	Schreiben des W. Rademacher v. Unna zur Erlaeuterung der Urkunde 102
102	Eidesstattliche Erklaerung des W. Rademacher v. Unna
103	Fragebogen des Fritz Guenther v. Tschirschky
103 a	Zusammenstellung der Fragen und Antworten Tschirschky
104	Fragebogen des Erzbischofs Dr. Conrad Groeber
104 a	Zusammenstellung der Fragen und Antworten Groeber
105	Fragebogen des Erzbischofs Roncalli, Paepstlicher Nuntius in Paris
105 a	Zusammenstellung der Fragen und Antworten Roncalli
106	Fragebogen Jan Gawronski.

Aus:

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender

Herausgegeben von Ulrich Thürauf

Neue Folge. Achtundvierzigster Jahrgang.

Der ganzen Reihe 73. Band. 1932.

C.H.Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München 1933.

12.Sept. (Reichstag) Auflösung.

.... Noch am Abend nach der Reichstagsauflösung spricht Reichskanzler v. P a p e n durch den Rundfunk zum deutschen Volk, er gibt eine Schilderung der Vorgänge im Reichstag und betont: Es wurde der Reichsregg. durch verfassungswidriges Verhalten des Reichstagspräs. unmöglich gemacht, vor dem Volke einen Rechenschaftsbericht über die vergangenen drei Monate zu geben und ihr Programm für die Zukunft mitzuteilen. Die komm.Abg.Frau Zetkin ist von dem Reichstag mit Andacht in ihren Deklamationen angehört worden. Die Erklärung einer nationalen Regg. aber weigert sich die deutsche Volksvertretung auch nur anzuhören. Ich stelle dieses Verhalten des Reichstages vor dem deutschen Volke fest. In dieser Stunde liegt mir daran, dem deutschen Volke nunmehr auf diesem Wege erneut Rechenschaft abzulegen über die bisherigen Handlungen der Regg. und das weitere Ziel, das sie im Interesse der Gesundung der Nation verfolgt. Die Reichsregg., die ein unteilbares Ganzes bildet, ist fest entschlossen, den Weg weiter zu gehen, den sie mit ihren bisherigen Verhandlungen beschritten hat: Den Weg einer neuen unabhängigen Staatsführung, zu der der Reichspräs.sie berufen hat und zu deren Durchführung wir uns ohne Zögern, aber auch ohne Überstürzung ans Werk gemacht haben. Die Tätigkeit der Regg.besteht in dem Abschluß einer alten und der Eröffnung einer neuen Epoche. Das ist eine Sache der Ehre und Selbstachtung Deutschlands und zugleich die einzig mögliche Grundlage seiner Zusammenarbeit mit dem Auslande.. Aus diesem Grunde haben wir jetzt die zweite Frage unserer Gleichberechtigung in Angriff genommen, die Frage der A b r ü s t u n g . Einzelne Parteien haben es gewagt der Reichsregg. die Berechtigung abzusprechen, die großen Lebensfragen der deutschen Nation vorwärts zu treiben, weil sie angeblich auf einer zu schmalen Basis stände. Diesen Leu-

H0728-0009

ten erwidere ich: Jede deutsche Regg., die diese Frage aufnimmt, steht auf einer sehr viel breiteren Basis als irgendeine Partei in diesem Kampf. Sie steht auf der breitesten Grundlage, die überhaupt denkbar ist, nämlich auf der Zustimmung und der Unterstützung des gesamten deutschen Volkes. Wir wollen die Abrüstung. Niemand würde es freudiger begrüßen als Deutschland, wenn alle Staaten ihre moralische und juristische Verpflichtung zur Abrüstung einlösten und ihre Rüstungen nach den Vorschriften und Maßstäben des Vertrages herabsetzten. Wir würden auch die weitestgehenden Abrüstungsvorschläge für Deutschland annehmen, vorausgesetzt, daß sie gleichmäßig für alle Staaten gelten. Aber es ist für uns unerträglich, weiterhin als ein Volk zweiter Klasse behandelt zu werden und weiterhin schutzlos unter den waffenstarrenden Staaten des europäischen Festlandes dazustehen. Jedes Lebewesen macht den Anspruch auf Sicherheit, die ihm sein Dasein gewährleistet. Diesen Anspruch erheben auch wir. Wir wollen den Frieden. Wir wollen keine kriegerischen Abenteuer. Aber wir lehnen ein Wettrüsten ab. Niemand hat mit größeren Hoffnungen auf die Arbeiten der Abrüstungskonferenz gesehen als Deutschland. Das Ergebnis ihrer ersten fünf Monate hat uns grausam enttäuscht! Trotz Völkerbund, Locarno und Kelloggpakt versucht man, sich den Verpflichtungen zur Abrüstung zu entziehen. Wir können an den weiteren Arbeiten der Konferenz nicht teilnehmen, bevor die Frage der Gleichberechtigung nicht in unserem Sinne geklärt ist. Wir wissen, daß wir in diesem Kampfe nicht allein stehen. Mit Genugtuung können wir feststellen, mit welchem Verständnis der Regg.schef eines uns befreundeten großen Volkes in aller Öffentlichkeit unseren Standpunkt behandelt hat. Die deutschen Mitteilungen an Frankreich sind den übrigen Mächten gleichzeitig zur Kenntnis gebracht worden. Das Kab. hat sich naturgemäß mit der franz.Antwort noch nicht befassen können. Dennoch glaube ich, schon jetzt sagen zu müssen, daß der Inhalt der Note nicht geeignet ist, die Lösung dieses ernsten Problems zu fördern. Über die Schritte, die wir nun zur weiteren Behandlung dieser lebenswichtigen Frage zu tun gedenken, wird das Kab. in den nächsten Tagen Beschluß fassen. In diesen Tagen unternimmt Deutschland einen gigantischen Versuch, durch Mobilisierung seiner letzten inneren Reserven Arbeit und soziale Befriedigung zu schaffen. Sie gibt uns ein Anrecht darauf, daß

H0728 -0010

die führenden Staatsmänner der Großmächte nun auch ihrerseits den Entschluß fassen, der Vergiftung der außenpolitischen Beziehungen durch unhaltbare Verträge ein Ende zu setzen. . . . .

H0728 -0011

29.Okt. Der Reichspräs.empfängt den Reichskanzler v.Papen und den preuß. MinPräs. Braun

zur Aussprache über die durch das Urteil des Staatsgerichtshofs geschaffene Lage. Der Reichspräs.führt dazu einleitend aus, daß der Streit zwischen Reich und Preußen über die Vo. vom 20.Juli durch das Urteil des Staatsgerichtshofs erledigt sei und daß er und die Reichsregg. sich in jeder Beziehung auf den Boden des Urteils stellten. Es müsse beiderseits der loyale Versuch gemacht werden, eine praktische Zusammenarbeit zu ermöglichen, die einerseits die dem preuß. Staatsmin. zuerkannten Rechte berücksichtige, andererseits die Befugnisse des Reichskommissars und die Notwendigkeit einer einheitlichen Reichspolitik wahre. MinPräs.B r a u n erwidert, daß das preuß.Kab. sich selbstverständlich ebenfalls auf den Boden des Urteils stelle. Er gibt darauf eine Darlegung seiner Auffassung von den Folgerungen, die aus der Urteil zu ziehen seien. Das Staatsmin. müsse in die ihm zuerkannten Rechte wieder eingesetzt werden. Die Befugnisse des Reichskommissars sollten, wenn sie überhaupt noch nötig wären, auf solche Maßnahmen beschränkt werden, die zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung notwendig seien. Mit den personellen Veränderungen solle aufgehört werden. Über die Vereinfachung und Zusammenfassung der Verwaltungen im Reich und in Preußen könnten alsdann Verhandlungen zwischen der Reichsregg. und der preuß.Regg.stattfinden. Reichskanzler v. P a p e n erklärt zunächst, daß die Reichsregierung die persönliche Integrität des preuß.MinPräs. und seiner Amtskollegen nie angezweifelt habe und daß nur staatspolitische Erwägungen zu ihren Maßnahmen geführt hätten. Er legt dann seine Auffassung der Lage dar und betont, daß der Reichskommissar sich nicht darauf beschränken könne, nur für den Schutz von Ruhe und Ordnung zu sorgen, sondern weiterhin die gesamte Exekutive einheitlich in der Hand behalten müsse. Daraus ergebe sich ohne weiteres die Verpflichtung, die als notwendig erkannte Reform der preuß. Verwaltung durchzuführen und damit eine spätere endgültige Regelung dieser Frage durch die gesetzgebenden Körperschaften vorzubereiten. Personelle Veränderungen seien nur aus sachlichen Gründen vorgenommen worden. Der Reichskommissar werde der preuß.Staatsregg. die Möglichkeit geben, die ihr zuerkannten Rechte auszuüben, Eingriffe in die Amtsbefugnisse des Reichskommissars aber nicht zu dulden. Der preuß. MinPräs.betont, daß er demgegenüber auf seinem eingangs dar-

H0728 – 0012

H0728 – 0013

gelegten Standpunkt beharre und insbesondere der Durchführung der Verwaltungsreform ohne Verständigung mit der preuß. Staatsregg.widerspreche. Eine Einigung hierüber wird nicht erzielt. Im Laufe der Besprechung hebt der Reichspräs.hervor, daß es zur Wiederherstellung gefestigter Verhältnisse weiterhin notwendig sei, die staatlichen Machtmittel Preussens und des Reichs in einer Hand zu behalten und die Politik Preußens und des Reiches in einheitlichen Bahnen zu führen. Zum Schluß gibt er der Hoffnung Ausdruck, daß über die Ausübung der Rechte, die der preuß.Staatsregg. nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofes zuständen, eine Verständigung erzielt werden möge. Es wird vereinbart, daß hierüber weitere Verbindung zwischen der preuß.Staatsregg. und dem Reichskommissar aufrechterhalten werden solle.

Eidesstattliche Versicherung

des Dr. Alfred HUGENBERG

Rohbraken, den 25.Mai 1946.

Die nachstehenden Angaben mache ich an Eides statt. Ich weiß, daß die Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung strafbar ist und daß die nachstehenden Erklärungen dem internationalen Militär-Gerichtshof in Nürnberg vorgelegt werden.

Im November 1932 habe ich, nachdem die Nationalsozialisten 35 Mandate verloren hatten und da sie finanziell in großer Verlegenheit waren, auf Herrn von Papen in der Richtung eingewirkt, nicht zurückzutreten, sondern Reichskanzler zu bleiben und bei Abstimmungen im Reichstage, die gegen sein Kabinett gerichtet waren, sofort von neuem aufzulösen. Ich war der Meinung, daß dadurch eine weitere Schwächung der Nationalsozialisten eintreten und daß auf diesem Wege eine Grundlage entstehen würde, auf der eine Mitarbeit der Nationalsozialisten möglich sei. Vorangegangen war die mißglückte Tagung von Harzburg. Der Umstand, daß Hindenburg am Tage vor Harzburg zum ersten Mal Hitler empfing, hatte zur Folge gehabt, daß sich statt der beabsichtigten Koalition aus Harzburg ein scharfer Gegensatz zwischen der DNVP und den Nationalsozialisten entwickelte. Im Kopf von Hitler trat nach meinem Eindrucke in diesen Tagen an die Stelle des von mir verfolgten Gedankens der durchaus gleichberechtigten Koalition der Gedanke des totalitären Regiments seiner Partei, der nach meinen Eindrücken von Strasser und Frick nicht geteilt, in Hitler aber von anderer Seite genährt und verstärkt wurde. Der entstandene scharfe Gegensatz hatte zur Folge, daß eigentliche Verhandlungen über eine Regierungsbildung zwischen den beiden Parteien bis kurz vor dem 30.Januar nicht stattfanden. Es hat aber, wahrscheinlich im November oder Dezember, zwischen Hitler und mir eine Besprechung stattgefunden. Sie bezog sich auf verschiedene damals schwebende andere Fragen. Bei dieser Gelegenheit sprach Hitler auch von der Möglichkeit einer gemeinsamen Regierungsbildung, ohne daß dies einen im Augenblick akuten Charakter

H0728 -0014

hatte. Ich sagte ihm dazu, daß meinerseits eine Teilnahme an einer neuen Regierungsbildung nur eventuell auf der Grundlage in Frage komme, daß die sämtlichen wirtschaftlichen Ministerien zusammengefaßt und so in meine Hand gelegt würden, daß ich in der Lage sei, einen durchaus maßgebenden Einfluß auf die Wirtschaftspolitik des Kabinetts auszuüben. Die sonstigen Grundlagen einer solchen Regierungsbildung wurden nicht erörtert. Auf diese Äußerung wurde zurückgegriffen, als gegen Ende Januar plötzlich überraschend der Plan des am 30.1. gebildeten Kabinetts auftauchte. An den Vorverhandlungen hinsichtlich dieser Kabinettsbildung bin ich nicht beteiligt gewesen und habe wesentliche Einzelheiten der Vorgänge erst nachher erfahren. Ich war bis zum letzten Augenblicke sehr zweifelhaft, ob ich in das Kabinett eintreten sollte, wie ja auch die Darstellung Görings beweist. Schließlich habe ich mich in der Erwägung dazu bereiterklärt, daß von 11 Ministern nur drei, nämlich Hitler, Göring und Frick Nationalsozialisten waren und daß von allen Seiten die bündigsten Erklärungen in der Richtung abgegeben wurden, daß es sich um kein nationalsozialistisches Parteikabinett handeln werde und solle, und daß ja der Reichspräsident hierfür die Gewähr gebe. Davon, daß zwischen Zentrum und Nationalsozialisten über eine Kabinettsbildung verhandelt wurde und daß auch sonst allerlei Verhandlungen schwebten, habe ich wohl von dritter Seite gehört, bin aber in den ganzen Monaten vor der Kabinettsbildung vom 30.Januar von den hierbei beteiligten Stellen nicht eingeweiht worden.

Es bestand damals bei mir und in den mir nahestehenden Kreisen der Eindruck, daß es sich um eine sehr plötzlich improvisierte Angelegenheit handelte. Von vorhergegangenen Verhandlungen, wie sie z.B. auch von Göring erwähnt sind, wurde mir erst nachträglich etwas bekannt.

gez. Alfred Hugenberg

Nr. 240 Jahr 1946 der Urkundenrolle.
Die vorstehende, vor mir gefertigte Unterschrift des Herrn Geheimrat Dr. Alfred Hugenberg, Gut Rohbraken, Gemeinde Kükenbruch (Lippe), beglaubige ich hiermit.
Gut Rohbraken, den 25.Mai 1946.

Stempel. gez. Rießelbach
Notar.

H0728 -0015

H0728-0016

Eidesstattliche Versicherung

des Herrn Dr.Alfred Hugenberg

Rohbraken, den 25.Mai 1946.

Die nachstehenden Angaben mache ich an Eides Statt. Ich weiß, daß die Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung strafbar ist und daß die nachstehenden Erklärungen dem internationalen Militär-Gerichtshof in Nürnberg vorgelegt werden.

In den ersten Monaten des Kabinetts Hitler im Jahre 1933, in denen ich Mitglied des Kabinetts war, haben regelmäßige Kabinettssitzungen stattgefunden. In diesen Sitzungen wurden die auf der Tagesordnung stehenden Fragen ordnungsgemäß so beraten, wie es in politischen Körperschaften üblich ist, d.h., mit freier Rede und Gegenrede. Das Kabinett bestand mit Ausnahme von Hitler, Göring und Frick nur aus Nicht-Nationalsozialisten. Die Nationalsozialisten bemühten sich in dieser ersten Zeit durchaus, den Eindruck zu vermeiden, als wenn sie im Kabinett kommandieren und die Mehrheit des Kabinetts zu ihrem Werkzeug machen wollten.

Es wurde namentlich vor den Wahlen vom 5.3.1933 besonders sorgfältig vermieden, Meinungsverschiedenheiten im Kabinett entstehen zu lassen - abgesehen davon, daß diese Wahlen selbst entgegen meinen Wünschen und nach meiner Auffassung entgegen den getroffenen Vereinbarungen dadurch herbeigeführt wurden, daß durch Besprechungen mit dem Reichspräsidenten vollzogene Tatsachen geschaffen wurden.

Nachdem die Wahlen - die ja im übrigen keine nationalsozialistische Mehrheit erbrachten - vollzogen waren, bemühte man sich zwar weiter, im Kabinett unmittelbare Konflikte zu vermeiden. Aber es begannen die "spontan" aus der Partei heraus stattfindenden Aktionen im Lande. Wenn etwas gemacht werden sollte, was gegen die Auffassungen der nicht nationalsozialistischen Minister ging, schlug man mehrfach das Verfahren ein, außerhalb des Kabinetts vollendete Tatsachen zu schaffen. Dadurch kam es dann aber natürlich zu

Auseinandersetzungen im Kabinett, wo neben mir eine Anzahl anderer Minister sich gegen solche Aktionen wendeten, die dann auch im allgemeinen formell desavouiert wurden. So war es vor allem bei der Besetzung der Gewerkschaftshäuser, einer Aktion, von der mir als Wirtschaftsminister vorher nichts bekannt war und die ich an dem Morgen, als sie erfolgte, nachträglich erfuhr, und die von mir und anderen im Kabinett stark kritisiert wurde. So war es auch bei den Ausschreitungen gegen die Juden, von denen selbstverständlich vorher im Kabinett nicht die Rede war, und die einer scharfen Kritik von Seiten der nichtnationalsozialistischen Minister begegnete.

Ich habe meinerseits durchaus an der vorher getroffenen Verabredung festgehalten, daß für die wirtschaftlichen Dinge der maßgebende Einfluß von mir auszuüben sei. Daraus ergab sich beispielsweise nach der negativen Seite, daß ein von nationalsozialistischer Seite erörtertes unsinniges Vorgehen in Bezug auf die Warenhäuser von mir im Kabinett unterdrückt wurde und andererseits nach der positiven Seite hin, daß auf dem Gebiet des Zollwesens und der Handelsverträge, also der Wiederingangsetzung der zerstörten Wirtschaft, alles genau nach dem Programm ausgeführt werden konnte, mit dem ich mein Amt übernommen hatte. Es hat dabei viele Reibungen mit nationalsozialistischen Organisationen gegeben, die ja aber damals noch außerhalb des Kabinetts standen, und Hitler hat sich nach mancherlei Kämpfen gegen diese Organisationen und für meinen Standpunkt entschieden.

In gleicher Weise hat beispielsweise auf dem Gebiet der Justiz der Minister Gürtner entgegen diesem oder jenem Vorstoß von nationalsozialistischer Seite an dem Gedanken des Rechtsstaates festgehalten, worüber gelegentlich sehr klare Aussprachen im Kabinett erfolgten. Auch der Finanzminister Graf Schwerin-Krosigk vertrat eine vernünftige und auf dem Boden des Rechts stehende, ich möchte sagen konservative Politik. Mit ihm und dem einen oder anderen Kabinettsmitglied habe ich mich wiederholt darüber ausgesprochen, daß es vermieden werden müsse, das Kabinett in das Fahrwasser nationalsozialistischer Politik abgleiten zu lassen, wobei wir uns mit anderen Ministern wie Papen, Eltz-Rübenach und Neurath durchaus einig waren.

gez. Hugenberg.

HO728-0017

H0728 – 0018

Nr. 239 Jahr 1946 der Urkundenrolle.

Die vorstehende, vor mir gefertigte Unterschrift des Herrn Geheimrat Dr. Alfred Hugenberg, Gut Rohbraken, Gemeinde Kükenbruch (Lippe) beglaubige ich hiermit.

Gut Rohbraken, den 25.Mai 1946.

Stempel gez. Rießelbach
Notar.

H0728 – 0019

- 1 -

Erklärung des FRIEDRICH KARL GRAF VON PFEIL.

(Brief des Friedrich Karl Graf von Pfeil, Haus Helios, Bad Ischl, Ober-Österreich an Herrn Franz von Papen Jr. Nürnberg, Peyerstr. 35. vom 19. Mai 1946.)

Friedrich Karl Graf von Pfeil
Bad Ischl
Haus Helios
Ober-Oesterreich

Bad Ischl, 19. Mai 1946

Lieber Franzi!

Leider ist es mir nun immer noch nicht gelungen, Dich wiederzusehen. Durch Hilde bin ich inzwischen über Dein Schicksal orientiert worden und weiss, dass Du nun doch die Möglichkeit bekommen hast, Deinen Vater zu verteidigen und dass Du, last not least, "anscheinend" Dein Lebensglück gefunden hast. Zu letzteren Ereignis möchte ich Dir meinen herzlichsten Glückwunsch senden. Ich bin überzeugt davon, dass Du nach so langen Warten und Überlegen jetzt endlich das richtige Los gezogen hast, sodass meine ganzen Wünsche momentan der Zukunft Deines Vaters gelten. Dieses war nun auch der eigentliche Grund meines Versuches, mit Dir zusammenzutreffen. Auf Grund meiner engen Beziehungen zu dem Oberst Graf Stauffenberg und zu einigen anderen Mitverschworenen des Putsches vom 2o. Juli 1944 weiss ich, dass Dein Vater immer wieder erwähnt wurde. Wenn auch zum Schluss der ehemalige Botschafter von Hassell als deutscher Aussenminister vorgesehen war, hat mir gegenüber noch im Spätherbst 1943 der Oberst Graf Stauffenberg in Gegenwart seines Orsonanzoffiziers, des Oberleutnant von Haeften bei einem Gespräch über die zukünftige deutsche Aussenpolitik, insbesondere über ein ins Gesprächkommen mit den Feindmächten erklärt, hierfür käme eigentlich nur der Botschafter von Papen in Frage, da über dessen antinationalsozialistische Einstellung und über seine diplomatischen Fähigkeiten keinerlei Zweifel

H0728-0020

bestünden. Ich habe dieses Gespräch als ich Euch im Herbst 1944 in Wallerfangen besuchte, absichtlich nicht erwähnt, da die Gefahr damals noch zu gross war, und da ich Deinen Vater mit dieser meiner Kenntnis von seiner Rolle beim 2o. Juli nicht erschrecken wollte, denn ich merkte, wiesehr auch er noch befürchtete, eines Tages von der Gestapo abgeholt zu werden. Aus den Gesprächen, die ich mit ihm führen durfte, ersah ich, dass er in die Putschabsichten eingeweiht war, und es war für mich eine vollkommene Bestätigung als Du mir bei meinem letzten Besuch erklärtest, dass der Graf Helldorf, ehemaliger Polizeipräsident von Berlin, sich seinerzeit Deinem Vater gegenüber offen über den Attentatsplan gegen Hitler geäussert hat und ihm ebenfalls den Vorschlag gemacht hat, nach einem Sturz des nationalsozialistischen Regimes das Deutsche Aussenministerium zu übernehmen. Ich kann leider nicht mehr für Deinen hochverehrten Vater tun, bin aber gern bereit, das, was ich weiss, schriftlich oder mündlich unter Eid auszusagen.

Mir selbst geht es ausgezeichnet, ich befinde mich noch in dem schönen Salzkammergut, wo ich mit dem Ausheilen meines verwundeten rechten Armes beschäftigt bin. Leben inklusive Ernährung ist ganz angenehm. Sonst nutze ich meine freie Zeit um meine Bildung etwas zu vervollständigen, eine Beschäftigung, die ich nach der zehnjährigen geistigen Emigration im Heer mit besonderer Passion vollziehe. Mit Laja Hohenlohe war ich öfters zusammen, leider nutzte sie eine vierwöchige Abwesenheit von mir dazu aus, sich mit einem Grafen Eltz zu verloben. Ich werde bis zum Herbst noch hier bleiben und werde mein weiteres Leben dann dem Schicksal überlassen. Ich hoffe, dass wir uns in nicht allzu ferner Zeit wiedersehen oder dass ich wenigstens etwas von Dir höre.

Mit bestem Gruss und mit vielen Empfehlungen und den allerbesten Wünschen für Deinen lieben Vater bin ich stets Dein

tr. gez. FRIEDRICH KARL PFEIL

v.Papen Dok.Nr.9e

Eidesstattliche Versicherung

des Grafen Gottfried von BISMARCK - SCHÖNHAUSEN

Die nachstehenden Erklärungen gebe ich an Eidesstatt ab. Ich weiß, daß eine falsche eidesstattliche Versicherung strafbar ist und daß diese Erklärung dem internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg vorgelegt wird.

Am 23.11.1943 frühstückte ich mit dem damaligen Polizeipräsidenten von Berlin Graf HELLDORF und Herrn von PAPEN in einem Berliner Restaurant. Graf Helldorf und ich hatten gehört, daß Herr von Papen in Berlin sei. Wir hatten uns über die Beurteilung der Kriegslage und der Friedensaussichten im neutralen Auslande informieren wollen.

Nachdem uns Herr von Papen über seinen soeben abgestatteten Besuch im Führerhauptquartier erzählt hatte, besprachen wir die Möglichkeit einer Regierungsänderung in Deutschland und die Aussichten für den Abschluß eines Friedens. Herr von Papen beurteilte die Lage nach einer etwa erfolgten Regierungsänderung nicht ungünstig und stellte sich für diesen Fall voll zur Verfügung. Falls er selbst nicht zu erreichen sei, könnten wir ihm jederzeit durch Herrn von Trott im Auswärtigen Amt Nachrichten zukommen lassen.

Reinbek, den 29. Mai 1946.
gez. Graf Gottfried von Bismarck-
Schönhausen.

Vorstehende vor mir vollzogene Unterschrift des Grafen Gottfried von Bismarck-Schönhausen, z.Zt. in Schönau, wird hiermit beglaubigt.

Reinbek, den 29.Mai 1946.
gez. Albrecht
Justizoberinspektor
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle des Amtsgerichts.

Stempel

380 S.B.

H0728-0021

H0728-0022

v.Papen Dok. 91
(aus: 2962 PS = U.S.A. Exh.578)

- 1 -

N i e d e r s c h r i f t
über die Ministerbesprechung
am 15. März 1933 nachm. 6.3o Uhr
in der Reichskanzlei.

Anwesend: die Herren

Reichskanzler	H i t l e r
Stellvertreter des Reichskanzlers und Reichskommissar für das Land Preussen	v. P a p e n
Reichsminister des Auswärtigen	Freiherr von Neurath
Reichsminister des Innern	Dr. Frick
Reichsminister der Finanzen	Graf Schwerin von Krosigk
Reichswirtschaftsminister und Reichsmin.f.Ernährung u.Landwirtschaft	Dr.Hugenberg
Reichsarbeitsminister	Seldte
Für den Reichsminister der Justiz	Dr.Gürtner;Staatssekretär Dr.Schlegelberger
Reichswehrminister	von Blomberg
Reichspostminister u. Reichsverkehrsminister	Freiherr v.Eltz-Rübenach
Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda	Dr. Goebbels
Reichsminister ohne Geschäftsbereich Reichskommissar für Luftfahrt	Göring
Reichskommissar Reichsminister a.D.	Dr. Popitz
Reichsminister für Arbeitsbeschaffung	Dr. Gereke
Staatssekretär in der Reichskanzlei	Dr. Lammers
Staatssekretär im Bureau des Reichspräsidenten	Dr. Meissner
Reichspressechef: Staatssekretär	Funk

.....

Beratungsgegenstände:

1. Politische Lage.

.....

1. Politische Lage.

Der Reichskanzler eröffnete die Sitzung .....

H0728 – 0023

Die Durchbringung des Ermächtigungsgesetzes im Reichstag mit Zweidrittelmehrheit werde nach seiner Auffassung keinerlei Schwierigkeiten begegnen.....

Der Reichminister des Innern teilte mit ....

Das Ermächtigungsgesetz werde so weit gefasst werden müssen, dass von jeder Bestimmung der Reichsverfassung abgewichen werden könne. Es müsse zeitlich auf die Dauer von 4 Jahren begrenzt werden. Er, der Reichsminister des Innern, denke an ungefähr folgenden Gesetzestext:

"Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Massnahmen zu treffen, die sie im Hinblick auf die Not von Volk und Staat für erforderlich hält. Dabei kann von den Bestimmungen der Reichsverfassung abgewichen werden."

Zu überlegen sei noch, ob ein Zusatz des Inhalts zweckmässig sei, wonach die Gültigkeit des Ermächtigungsgesetzes von der jetzigen Zusammensetzung der Reichsregierung abhänge. ....

Der Reichswirtschaftminister und Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft warf die Frage auf, ob eine Mitwirkung des Herrn Reichspräsidenten bei den Gesetzen vorgesehen sei, die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes von der Reichsregierung erlassen würden.

Staatssekretär Dr. Meissner erwiderte, dass die Mitwirkung des Herrn Reichspräsidenten nicht erforderlich sei. Der Herr Reichspräsident werde die Mitwirkung auch nicht verlangen. Immerhin sei es vielleicht zweckmässig, bei einigen Gesetzen, die von besonderer Bedeutung seien, auch die Autorität des Herrn Reichspräsidenten einzuschalten. .....

H0728-0024

v.Papen Dok. 92

- 1 -

Auszug

aus

L'EUROPE NOUVELLE

13° Année. - N°. 63o

8 Mars 1930

Editeur: L. Weiss

Seite 4o3

Les entretiens catholiques franco-allemands de Berlin.

Les vendredi 2o et samedi 21 décembre 1929 se sont tenues, à Berlin, unse série de réunionsde catholiques français et allemands. Nous publions ci-après les documents essentiels s'y référant.

On trouvera d'abord la liste des participants du côté français et du côté allemand (Doc.I), puis l'allocution d'ouverture de M. Joos, vice-président du Parti du Centre, président de la délégation allemande (Doc.II).

Seite 4o6

....

Le parti du Centre et le parti populaire bavarois avaient désigné notamment MM. Emminger, ancien ministre de la justice du Reich; Perlitius, vice-président, et Joos, membre du comité du groupe parlementaire du Centre; Mme Hélène Weger; les milieux intellectuels : M. Haas, directeur de l'Ecole des hautes études politiques de Berlin; le professeur Platz de l'Université de Bonn; la grande presse: M. von PAPEN, pour la GERMANIA; M. le consul Stocky, pour la Kölnische Volkszeitung; la diplomatie: le conte von Oberndorf et le conte Henkel von Donnersmark.....

Seite 4o7

....

Au résumé, les organisateurs du voyage à Berlin ne sauraient assez se féliciter du résultat de ces "entretiens" qui - d'une volonté unanime - se poursuivront dans les mois à venir.

M.le député Joos, président de la délégation allemande, a traduit dans les termes suivants ses impressions, dans la revue Abendland :

H0728-0025

- 2 -

"Les entretiens de Berlin furent riches en moments de haute portée. Nous avons entendu des interventions remarquables et entrevu de vastes perspectives. Elles dépassèrent ce qu'on était en droit d'espérer. La Conférence a fourni la preuve de la valeur de la confiance. Et lorsque le colonel français Picot, qui portait sur son visage si gravement mutilé la marque vivante des horreurs qui résultent de la guerre, eut jeté son appel au monde contre la guerre, dans des paroles indiciblement pénétrantes et émouvantes, et lorsque - vieux soldat de carrière et officier, ayant rempli pleinement son devoir vis-à-vis de son pays et de son peuple - il tendit sa main à un Allemand, ancien soldat et officier lui aussi, alors, en cette minute, cette conférence de catholiques s'éleva jusqu'aux hautes sphères surhumaines de la grandeur et du tragique. Les membres de la Conférence se levèrent, d'un élan spontané, car ils sentaient dans leurs nerfs et dans leur intelligence que le monde n'avait à pas encore évité tous les abîmes et que, aujourd'hui comme demain encore, l'humanité avait à redouter les traîtreux assauts des forces démoniaques."

De part et d'autre, nous demeurons donc convaincus qu'en ménageant ces rencontres entre des Français et Allemands profondéments attachés à leurs pays, nous avons répondu au mieux aux requêtes de nos convictions spirituelles et à l'intérêt sainement compris de nos deux patries et de la paix européenne.

A.BOISSARD,
ancien député.

H0728 – 0026

a(1)

V. Papen Dok. 92

(Deutsche Uebersetzung)

Auszug

aus

L' EUROPE NOUVELLE
(Das Neue Europa)
13. Jahrgang - Nr. 650
8. Maerz 1930
Herausgeber: L. W e i s s

Seite 403

Die deutsch- franzoesischen Katholiken-Besprechungen in Berlin.

Freitag den 20. und Sonnabend den 21. Dezember 1929 wurden in Berlin eine Reihe Versammlungen deutscher und franzoesischer Katholiken abgehalten. Wir veroeffentlichen im Nachfolgenden die hauptsaechlichen diesbezueglichen Dokumente.

Es folgt zuerst die Liste der franzoesischen und deutschen Teilnehmer (Dok.I), sodann die Eroeffnungsansprache des Herrn Joos, Vize-Praesident der Zentrumspartei und Fuehrers der deutschen Abordnung (Dok.II)

Seite 406

Die Zentrumspartei und die Bayrische Volkspartei hatten besonders die Herren Erminger, ehemaliger Reichsjustizminister, Perlitius, Vizepraesident und Joos, Mitglied des Ausschusses der parlamentaeren Zentrumsgruppe bezeichnet, ferner Frau Helene Weger; die intellektuellen Kreise: Herrn Haas, Direktor der Hochschule fuer Politik in Berlin ; Prof. Platz von der Universitaet Bonn, die grosse Presse: Herrn von Papen fuer die "Germania"; Herrn Konsul Stocky fuer die "Koelnische Volkszeitung; die Diplomatie: Graf von Oberndorf und Graf Henkel von Donnersmark.....

H0728 - 0027

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Organisatoren der Reise nach Berlin sich zu dem Ergebnis dieser "Besprechungen", die nach einstimmiger Uebereinkunft im naechsten Monat stattfinden werden, nicht genug beglueckwuenschen koennen.

Der Abgeordnete Jost, Fuehrer der deutschen Abordnung, hat seine Eindruecke in der Zeitschrift "Abendland" mit folgenden Worten wiedergegeben.

H0728 - 0028

v. Papen Dok. 92
(Deutsche Uebersetzung)

"Die Berliner Besprechungen waren reich an Momenten von grosser Tragweite. Wir hoerten ausgezeichnete Einwuerfe und sahen weite Aussichten fuer die Zukunft. Sie ueberstiegen alles was man zu erhoffen berechtigt war. Die Konferenz hat den Wert des Vertrauens bewiesen. Und als der franzoesische Oberst Picot, der auf seinem so stark entstellten Gesicht das laengste Zeichen der Schrecken des Krieges trug - als alter Berufssoldat und Offizier, hatte er voll seine Pflicht seinem Land und Volke gegenueber erfuellt - nun seine Hand einem Deutschen der gleichfalls ehemaliger Soldat und Offizier war, entgegenstreckte, stieg in dem Augenblick diese Katholiken-Konferenz bis zu den ueberirdischen Sphaeren der Groesse und des Tragischen empor. Die Konferenzteilnehmer erhoben sich aus eigenem Antrieben, denn sie fuehlten in ihrem Nerven und in ihrem Geiste, dass die Welt noch nicht alle Abgruende umgangen hatte, und dass, heute wie morgen noch, die Menschheit die verraeterischen Stuerme der teuflischen Kraefte zu befuerchten haette."

Von beiden Seiten bleiben wir nun ueberzeugt, dass, indem man diese Zusammenkuenfte zwischen Franzosen und Deutschen, die tief mit ihren Laendern verbunden sind, veranstaltet, wir am Besten den Fragen unserer geistigen Ueberzeugung, wie auch den gesunden Interesse unserer beiden Vaterlaender und des europaeischen Friedens gerecht werden.

A. Boissard
Ehemaliger Abgesandter.

H0728 - 0029

v. Papen Dok. a(2) 92

(Deutsche Uebersetzung)

Ich Unterzeichneter, Pierre Lhermitte, bestaetige, dass ich die deutsche und franzoesische Sprache vollkommen beherrsche, und dass das vorstehende Schriftstueck eine genaue und wahrheitsgetreue Uebersetzung dieses Dokumentes ist.

Nuernberg, den 11. Juni 1946.

gez. Pierre Lhermitte.
Sektion VI.

Fragebogen des Freiherrn von LERSNER

Kurt Freiherr von LERSNER
former President of the German
Peace-Delegation of Versailles.

Kirschir, April 15th 1946
Inner-Anatolia

Very urgent!

To the General Secretary of the
International Military Court at
N ü r n b e r g (Germany)

Sir,
You did foward to me through the Turkish Government the questions which the defender of the former Ambassador von PAPEN asked from myself under the date of February 2d 1946. As these questions arrived only today here - after 2 1/2 month - I send to you my official answers, which I deposed today under oath in presence of the Vali-Governor of Kirsehir, as representative of the Turkish Government, and beg you to hand them over to Dr. Kubuschok, defender of Ambassador von Papen.

Kurt Freiherr von L e r s n e r .

Die Fragen des Dr. Kubuschok, Verteidigers des Angeklagten von Papen, vom 2.II.1946 sind mir heute in Kirsehir zugestellt worden.

Ich beantworte sie wie folgt unter meinem Eide:

Zu Frage 1. : Ja.- Für die Türkei muß ich die Einschränkung machen, daß der Botschafter von Papen seinen Amtssitz meist in Ankara hatte, während ich in Istanbul wohnte, aber dauernd mit ihm in Fühlung stand. -

Zu Frage 2a.: Ja. -

Zu Frage 2b.: Von den an der Besprechung mit Hitler beteiligten Herren von Papen und von Schröder ist mir über den Verlauf und Inhalt der Unterredung nichts mitgeteilt worden. Durch die Presse wurde bekannt, daß der

H0728-0030

Reichskanzler a.D.von Papen seiner Zeit mit dem damaligen Reichskanzler von Schleicher eine eingehende Unterredung hatte. -

Zu Frage 2c.: Ich erinnere mich, daß der Reichskanzler a. D.von Papen mich seiner Zeit in diesem Sinne informiert hat. -

Zu Frage 2d.: Absatz 1. Herr von Papen hat mich seiner Zeit in diesem Sinne informiert. -

Zu Frage 2d.: Absatz 2. Ja. -

Zu Frage 2e.: Ja.- Daß dies Ziel Herrn von Papen besonders am Herzen lag, kann ich aus meinen offenen Aussprachen mit ihm nur unterstreichen.

Zu Frage 2f.: Ja.-

Zu Frage 2g.: Ja. -

Zu Frage 2h.: Ja. -

Zu Frage 3a.: Ja. - Ich habe die Einigung in der Saarfrage alsdann in Genf im Juni 1934 mit dem französischen Außenminister Barthou persönlich getroffen.

Zu Frage 3b.: In diesem Sinne hat Herr von Papen mich seiner Zeit informiert. -

Zu Frage 4a.: Ja. -

Zu Frage 4b und 4c.: Ist mir unbekannt, da ich erst im November 1939 in die Türkei kam. -

Zu Frage 5. : In diesem Sinne hat Herr von Papen mich seiner Zeit informiert. -

Zu Frage 6. : Ja. -

H0728 - 0031

Zu Frage 7. : Meine Aktionen zur Vermittlung von Friedensverhandlungen beruhten stets auf meiner eigenen Initiative und erstreckten sich auf den Versuch der Vermittlung des allgemeinen Weltfriedens zwischen allen kriegführenden Staaten. Vor allen Friedensschritten habe ich mich mit dem Botschafter von Papen eingehend ins Benehmen gesetzt und bin von ihm immer mit Verve in weitgehendstem Maße unterstützt worden, trotzdem jeder Friedensschritt ihm verboten und für ihn mindestens ebenso lebensgefährlich war, wie für mich.
Er hat mich auch mit einer Reihe von Ausländern, vor Allem mit dem Apostolischen Delegierten zu Istanbul, Erzbischof RONCALLI, zusammengebracht.
Als ich 1942 den Entschluß faßte, in den Vatikan zu fahren, hat Botschafter von Papen mir nicht nur dringend zu der Reise geraten, sondern er hat mir persönlich alle notwendigen Papiere und Pässe nach Rom verschafft, wo ich trotz speziellen, ausdrücklichem Verbot der Reichsregierung dem Kardinalstaatssekretär, Kardinal MAGLIONE, und dem diplomatischen Direktor der Kurie, Bischof MONTINI, eine Weltfriedensaktion des Papstes Pius XII. bei allen kriegführenden Mächten vorschlug.
Als sich mir im April 1944 die Gelegenheit bot, mit dem Freunde des mir seit langem persönlich bekannten Präsidenten Roosevelt, dem früheren amerikanischen Gesandten in Wien und Sofia , George EARL, in Verbindung zu treten, hat Papen mir wiederum in jeder Weise geholfen. Er hat es sogar auf sich genommen, als meine Friedensfühler bei den Gesandten EARL sich Erfolg versprechend anließen, in Deutschland Hitler und von Ribbentrop in persönlichen Aussprachen trotz der damit verbundenen Gefahr zu positiver Haltung bei diesen Weltfriedensfühlungen zu bestimmen. Aber vergeblich! Auf meine

H0728-0032

weiteren Verhandlungen mit dem Gesandten Earl hin wiederholte Papen diesen gefährlichen Versuch im Juli 1944 telegraphisch und nochmals persönlich in zweiten DDrittel des Augusts 1944. -

Zu Frage 8, 9a und 9b. : Während ich einschränkungslos bezeugen kann, daß der Botschafter von Papen in der Türkei in fortlaufenden inneren Kampfe mit der NSDAP lag, kann ich den Verlauf seines Kampfes mit dem Landesleiter FRIED wegen meiner Abwesenheit von Ankara nur aus den vielen Mitteilungen und Berichten, sei es vom Botschafter selbst, sei es von Botschaftsmitgliedern oder aus den Kreisen der deutschen Kolonie zu Istanbul in der an mich gestellten Frageform bejahen. -

Zu Frage 9c.: Ja. -

(Alles selbst geschrieben)

gez. Kurt Freiherr von Lersner,
vormals Präsident der deutschen Friedensdelegation von Versailles.

H0728 - 0033

(Zusammenstellung)

Fragen und Antworten des Fragebogens
Kurt Freiherr von L e r s n e r .

Frage 1.) Ist es zutreffend, daß Sie mit dem Angeklagten, Botschafter a.D. von PAPEN, seit über 30 Jahren bekannt sind, daß Sie, während dessen Kanzlerzeit, sein offizieller Vertreter beim Staate Bayern waren, daß Sie mehrfach für ihn in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für das Saargebiet in Genf tätig waren, und daß Sie in der Türkei als Präsident des Orientvereins in engster Fühlung mit der Botschaft standen, sodaß Sie infolgedessen über seinen Charakter, sein Denken und seine gesamte politische Auffassung ein kompetentes Urteil abzugeben vermögen?

Antwort: Ja. - Für die Türkei muß ich die Einschränkung machen, daß der Botschafter von Papen seinen Amtssitz meist in Ankara hatte, während ich in Istanbul wohnte, aber dauernd mit ihm in Fühlung stand.

Frage 2.) Ist Ihnen bekannt, daß

a) der Angeklagte von Papen 1932 als Kanzler alles in seiner Macht stehende tat, um die Nazibewegung aus der Opposition in die verantwortliche Mitarbeit seiner Regierung zu überführen, daß er es aber ablehnte, dem Reichspräsidenten vorzuschlagen Hitler an die Spitze einer Regierung zu stellen?

Antwort: Ja. -

Frage 2 b) die Besprechung des Angeklagten von Papen mit Hitler am 4.I.33 im Hause des auch Ihnen wohlbekannten Bankiers Schroeder auf Initiative Hitlers und in Fortsetzung seiner (Papens) Bemühungen während der Kanzlerzeit erfolgte, und daß bei dieser Besprechung niemals etwas anderes erörtert wurde, als die Einfügung der Nazi-Partei in die Regierung Schleicher, und daß von der Bildung einer Regierun Hitler (wie sie am 30.I. erfolgte) unter Mitwirkung des Angeklagten von Papen niemals die Rede war, und daß der Angeklagte von Papen unmittelbar nach der Unterredung den Reichskanzler von Schleicher von dem Inhalt des Gesprächs in Kenntnis setzte?

H0728 - 0034

Antwort: Von den an der Besprechung mit Hitler beteiligten Herren von Papen und von Schröder ist mir über den Verlauf und Inhalt der Unterredung nichts mitgeteilt worden. Durch die Presse wurde bekannt, daß der Reichskanzler a.D.von Papen seiner Zeit mit der damaligen Reichskanzler von Schleicher eine eingehende Unterredung hatte. -

Frage 2 c) in der Zeit zwischen dem 4.I.33 und dem Tage, an dem Reichspräsident von Hindenburg den Angeklagten von Papen aufforderte, eine neue Regierung unter Führung Hitler's zu bilden, seitens des Angeklagten von Papen keinerlei Schritte unternommen wurden - weder beim Reichspräsidenten, noch bei Hitler und seinen Mitarbeitern, noch bei den späteren Partnern der Regierung Hitler - um eine solche Regierungsbildung vorzubereiten?

Antwort: Ich erinnere mich, daß der Reichskanzler a.D.von Papen mich seiner Zeit in diesem Sinne informiert hat. -

Frage 2 I.Absatz d) der Reichspräsident von Hindenburg aus eigener Initiative an den Angeklagten von Papen den Auftrag erteilt hat, eine Regierung unter Hitler als Reichskanzler zu bilden, nachdem die Bemühungen Schleichers um die Einschaltung eines Teiles der Nazipartei in die Regierung zwecks Bildung einer Reichstagsmehrheit gescheitert waren?

Antwort: Herr von Papen hat mich seiner Zeit in diesem Sinn informiert.-

2.Absatz der Angeklagte von Papen hierbei das Ziel verfolgt hat, mit dieser neuen Kombination konservativer Kräfte mit der nunmehr zur Verantwortung gezwungenen Nazipartei eine Erneuerung der Politik in dem von Hindenburg vertretenen konservativen Geist herbeizuführen?

Antwort: Ja. -

H0728 – 0035

H0728-0036

Frage 2 e) zu diesem Zweck der Angeklagte von Papen eine Zusammenfassung der bürgerlichen Rechtsparteien zu einer neuen, alle konservativen Kräfte des Landes umfassenden Partei vorschlug, die ein möglichst starkes Gegengewicht in der Ehe mit dem Nationalsozialismus schaffen sollte?

Antwort: Ja. - Daß dies Ziel Herrn von Papen besonders am Herzen lag, kann ich aus meinen offenen Aussprachen mit ihm nur unterstreichen.

Frage 2 f) diese Umbildung und Schaffung eines internen Gegengewichts scheiterte, weil bis zur Reichstagswahl zu wenig Zeit für Neuorganisation und Aufstellung neuer, jüngerer Kandidaten blieb?

Antwort: Ja. -

Frage 2 g) deshalb der Angeklagte von Papen die Bildung eines konservativen Wahlblocks "Schwarz-Weiß-Rot" veranlaßte, für den er eine Anzahl Reden hielt, in denen er das Programm der "Nationalen Concentration" verkündete?

Antwort: Ja. -

Frage 2 h) der Angeklagte von Papen an der Hoffnung festgehalten hat, die Politik Hitlers mit der Durchtränkung konservativer Ideen auf den von ihm erstrebten Weg zu bringen, bis die am 30.6.34 erfolgten Morde und deren Rechtfertigung durch Hitler ihn überzeugten, daß seine Bemühungen und seine Hoffnung umsonst gewesen seien?

Antwort: Ja. -

Frage 3. a) Hat Ihnen der Angeklagte von Papen als Saar-Bevollmächtigter für Ihre Tätigkeit in Genf dahingehende Instruktionen gegeben, daß Sie alle die Saarabstimmung betreffenden Fragen im vollsten Einvernehmen mit den zuständigen Völkerbundsorganen regeln sollten?

Antwort: Ja.- Ich habe die Einigung in der Saarfrage alsdann in Genf im Juni 1934 mit dem französischen Außenminister Barthou persönlich getroffen.

H0728-0037

Frage 3. b) Ist es zutreffend, daß der Angeklagte von Papen versucht hat, sich mit der französischen Regierung unmittelbar dahingehend zu einigen, die Saarfrage ohne Abstimmung zu regeln, damit nicht durch die bei einer Abstimmung zu erwartende Agitation die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich getrübt würden?

Antwort: In diesem Sinne hat Herr von Papen mich seiner Zeit informiert.

Frage 4. Ist Ihnen bekannt, daß
a) der Angeklagte von Papen die Mission als Botschafter in der Türkei, die er 1938 zweimal abgelehnt hatte, unter dem Eindruck des italienischen Vorgehens in Albanien nur annahm, weil er hoffte, etwas Entscheidendes zur Erhaltung des Weltfriedens beizusteuern?

Antwort: Ja. -

Frage 4. b) er im Mai 1939 sich bemühte, den Italienischen Außenminister Ciano zu einer Revision der italienischen Absichten in Albanien zu veranlassen, um damit die Spannung in Südosteuropa zu beseitigen?

Frage 4. c) er im Mai 1939 dem Außenministerium, Hitler und den höchsten militärischen Stellen ein Memorandum vorlegte, in dem er ausführte, daß jeder Krieg, den Deutschland aus irgend einem Grunde zu führen sich veranlaßt sehen könnte, von Beginn an als verloren zu betrachten sei, weil sich die Türkei der Koalition der Gegner angeschlossen habe und daher Englands Stellung im nahen Osten unangreifbar sei?

Antwort: zu bu.c Ist mir unbekannt, da ich erst im November 1939 in die Türkei kam.

Frage 5. Ist Ihnen bekannt, daß der Angeklagte von Papen im Herbst 1933 sich im Kabinett und Hitler persönlich gegenüber sehr scharf gegen den Austritt aus den Völkerbund ausgesprochen hat, ja daß er Hitler nach München nachreiste, um ihn zu bewegen, diese Absicht aufzugeben?

Antwort: In diesem Sinne hat Herr von Papen mich seiner Zeit informiert. -

Frage 6.) Ist Ihnen auch bekannt, daß der Angeklagte von Papen in seiner Eigenschaft als Präsident des Union-Clubs von 1933-45 von der Partei häufig angegriffen wurde (auch vom "Stürmer" im Jahre 1937) weil er sich beharrlich weigerte, "nichtarische" oder nicht völlig "arische" Mitglieder aus dem Club auszuschliessen, und daß er diese Stellungnahme bis zum Schluß beibehielt? (Der Union-Club ist eine vor 70 Jahren gegründete Vereinigung für Pferdezüchter und Pferderennen, die durch 50 Jahre die höchste staatliche Behörde für das Rennwesen war).

Antwort: Ja. -

Frage 7.) Ist es zutreffend, daß der Angeklagte von Papen trotz der ausdrücklichen Weisung von Berlin, jedes Friedensgespräch zu unterlassen, Sie 1942 beauftragte, eine enge Fühlung mit dem US.Marine-Attaché Earle in Istanbul herzustellen, der früher USA-Minister in Sofia war und als ein Vertrauensmann des Präsidenten Roosevelt galt, um festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen Deutschland zu einem Frieden gelangen könne?

Antwort: Meine Aktionen zur Vermittlung von Friedensverhandlungen beruhten stets auf meiner eigenen Initiative und erstreckten sich auf den Versuch der Vermittlung des allgemeinen Weltfriedens zwischen allen kriegführenden Staaten. Vor allen Friedensschritten habe ich mich mit dem Botschafter von Papen eingehend ins Benehmen gesetzt und bin von ihm immer mit Verve in weitgehendstem Maße unterstützt worden, trotzdem jeder Friedensschritt ihm verboten und für ihn mindestens ebenso lebensgefährlich war, wie für mich.
Er hat mich auch mit einer Reihe von Ausländern, vor allem mit dem Apostolischen Delegierten zu Istanbul, Erzbischof Roncalli, zusammengebracht.

H0728 -0038

Als ich 1942 den Entschluß faßte, in den Vatikan zu fahren, hat Botschafter von Papen mir nicht nur dringend zu der Reise geraten, sondern er hat mir persönlich alle notwendigen Papiere und Pässe nach Rom verschafft, wo ich trotz speziellen, ausdrücklichem Verbot der Reichsregierung dem Kardinalstaatssekretär, Kardinal Maglione, und dem diplomatischen Direktor der Kurie, Bischof Montini, eine Weltfriedensaktion des Papstes Pius XII. bei allen kriegführenden Mächten vorschlug.
Als sich mir im April 1944 die Gelegenheit bot, mit dem Freunde des mir seit langen persönlich bekannten Präsidenten Roosevelt, dem früheren amerikanischen Gesandten in Wien und Sofia, George EARL in Verbindung zu treten, hat Papen mir wiederum in jeder Weise geholfen. Er hat es sogar auf sich genommen, als meine Friedensfühler bei dem Gesandten Earl sich Erfolg versprechend anließen, in Deutschland Hitler und von Ribbentrop in persönlichen Aussprachen trotz der damit verbundenen Gefahr zu positiver Haltung bei diesen Weltfriedensfühlungen zu bestimmen. Aber vergeblich! Auf meine weiteren Verhandlungen mit den Gesandten Earl hin wiederholte Papen diesen gefährlichen Versuch im Juli 1944 telegraphisch und nochmals persönlich im zweiten Drittel des Augusts 1944. -

Frage 8.) Ist Ihnen bekannt, daß der Angeklagte von Papen während seiner Mission in der Türkei fortlaufend im Kampf mit der NSDAP lag, daß er schliesslich Landesleiter der Partei Friede jedes Betreten der Deutschen Botschaft und den Beamten der Botschaft jeden Verkehr mit Friede untersagte, weil dieser Landesleiter geäußert hatte: "Der Botschafter von Papen gehörte längst erschossen oder wenigstens in ein Konzentrationslager"?

Frage 9.) Ist Ihnen bekannt, daß
a) diese Äußerung Friede's die Folge der energischen Haltung des Botschafters war, der alle subversive Tätigkeit der Partei untersagt hatte?

H0728 – 0039

Frage 9. b) nunmehr das Reichsaußenministerium auf Ansuchen des Gauleiters Bohle (Auslandsorganisation) den Botschafter ersuchte, seine Befehle gegen Friede sofort zurückzunehmen, und daß der Angeklagte von Papen antwortete, daß er seinen Abschied erbitte, sofern das Reichsaußenministerium auf dieser Forderung bestehe?

Antwort: zu 8,9a und 9b. Während ich einschränkungslos bezeugen kann, daß der Botschafter von Papen in der Türkei in fortlaufenden inneren Kampfe mit der NSDAP lag, kann ich den Verlauf seines Kampfes mit den Landesleiter Friede wegen meiner Abwesenheit von Ankara nur aus den vielen Mitteilungen und Berichten, sei es vom Botschafter selbst, sei es von Botschaftsmitgliedern oder aus den Kreisen der deutschen Kolonie zu Istanbul in der an mich gestellten Frageform bejahen. -

Frage 9. c) ob dem Botschafter erst nach einjährigen zähen Kampf gegen die Partei gelang, die Abberufung des Landesleiters Friede durchzusetzen?

Antwort: Ja. -

(Alles selbst geschrieben)

gez. Kurt Freiherr von Lersner,
vormals Präsident der deutschen Friedensdelegation von Versailles.

H0728-0040

Brief des Kurt Freiherrn von LERSNER an
Mr. KIRKPATRICK.

Kurt Freiherr von Lersner,
vormals Präsident der deutschen
Friedensdelegation in Versailles.

Corun, den 7.Juni 1945.
Via Butlar Caddesi: 24

Copy

Liebe Mr. Kirkpatrick!

Als Sie 1938 nach Godesberg und München bei mir in Nieder-Erlenbach waren, sagten Sie, ich solle Sie wissen lassen, wenn ich irgendwelche Bitten hätte. - - Ich sehe in den türkischen Zeitungen, daß die Alliierten meinen alten Freunde, den Botschafter von Papen, als Kriegsverbrecher anklagen. Wohl niemand kennt Papen so gut, wie ich. Ich halte es daher für meine Pflicht, Ihnen meine Aussagen über Papen zugehen zu lassen:
Wie Sie wissen, habe ich bald nach Versailles mich als verabschiedeter Diplomat ständig um die Versöhnung und den Frieden der Völker im In- und Auslande bemüht. So habe ich auch bereits im September 1939 der Reichsregierung angeboten, die Friedensvermittlung mit England und Frankreich einzuleiten. Man lehnte kategorisch ab. Doch gab ich meine Friedenspläne nicht auf und wandte mich an Papen, der im Oktober 1939 von Ankara nach Berlin kam. Er bemühte sich, mich nach der Türkei zu bekommen. Ribbentrop wollte aber seinen Schwager Jenke an die Botschaft in Ankara haben. So arrangierte Papen durch die Wehrmacht, daß ich mit meiner Frau von November 1939 als unabhängiger Privatmann nach Istanbul kam, wo ich bis zu unserer Deportierung im September 1944 blieb. Diese Jahre über war ich viel mit Papen zusammen, wohnte öfters wochenlang in Ankara bei ihm. Unablässig bemühte ich mich, die Hitler-Regierung von der dringenden Notwendigkeit des baldigsten Weltfriedens zu überzeugen. Unsere Wehrmacht unterstützte von Anfang an meine Friedensbemühungen, zu denen Papen mir seinerseits jede Hilfe leistete. Er berichtete mehr-

H0728 - 0041

fach an Ribbentrop und Hitler schriftlich und mündlich darüber, doch leider erfolglos. Auch sandte er von sich aus an den König von Schweden einen mit mir verfaßten Friedensbrief, den ich vor Jahren dem schwedischen Gesandten in Ankara gab. Unterdessen bereitete ich ein ganzes Netz für die Weltfriedensvermittlung vor, immer mit tatkräftiger Unterstützung Papens. Für mich, den Privatmann, war diese Arbeit schon gefährlich, wie viel mehr noch für den aktiven, immer bespitzelten Botschafter von Papen. Stand doch Todesstrafe seitens der Nazis und Gestapo auf allen Friedensbemühungen, Papen liess sich nicht abschrecken, und half, wo er konnte. Er ebnete mir 1942 die Wege zu einer Reise in den Vatikan, wo ich trotz Verbot der Reichsregierung bei dem Kardinalstaatssekretär MAGLIONE und dem Bischof MONTINI für die Weltfriedensvermittlung vorstellig wurde. Außer den jetzigen Pariser Nuntius, Erzbischof RONCALLI, mit dem ich jahrelang fortwährend in Istanbul über die Notwendigkeit des Weltfriedens sprach, halfen mir auf Papens Veranlassung mehrere Neutrale. Den Reichsverweser Ungarns, Admiral HORTHY, König BORIS von Bulgarien suchte ich mit Papens Unterstützung auf, die beide sofort für den Weltfrieden zu haben und zu Allen bereit waren, aber auf Hitler warten mußten. Durch Papen kam ich in Berührung mit einem Neutralen, der mir einen gerade zu ROOSEVELT fahrenden Amerikaner, brachte. Roosevelt, den ich aus meiner Diplomatenzeit in Washington 1913/14 kannte, sicherte mir zu, er würde, sobald ich ein deutsches Angebot ihm mitteilen würde, sofort persönlich mit seinen Verbündeten darüber beraten. Papen war vorher bei Ribbentrop und Hitler gewesen, die jedoch ablehnten. Erneut berichtete er nach Roosevelts Antwort an mich schriftlich und mündlich, trotzdem jedes Mal sein Kopf auf dem Spiele stand. Wieder erfolglos.

Wenn Papen mir seine amtlichen Berichte auch nicht zeigen konnte, so weiß ich doch, wie er seit 1933 gegen den Krieg und für den Frieden gearbeitet hat. Der Ihnen bekannte Friedenspakt Deutschland mit der Türkei ist auch Papens eigenstes Werk, das er mit größter Mühe bei seinen Vorgesetzten durchgesetzt hat. In seiner von führenden Nazis ständig bedrohten Diplomatenposition gehörte zu Papens Politik persönlicher Mut und der Wille, sich mit aller Kraft für den Weltfrieden einzusetzen.

H0728-0042

Über Papens folgenschwerste Tat, seine Beihilfe zu Hitlers Reichskanzlerschaft, muß ich, dessen antinazi-Einstellung Ihnen bekannt ist, anführen:
Ende 1932 war den meisten ausländischen Diplomaten und inländischen Politikern klar, daß Schleicher als Reichskanzler versagte, und es nur eine Frage von Wochen sei, daß Hitler durch Waffengewalt die Macht an sich reißen würde. Papen wollte das Blutvergießen verhindern und Hitler in friedliche politische Bahnen leiten. Daher trat er bei Hindenburg im Januar 1933 für Hitlers Ernennung zum Reichskanzler ein. Er glaubte als Vizekanzler und Preußischer Ministerpräsident mit Männern wie Neurath, Schwerin-Krosigk, Eltz, Schacht, Fritsch, vor allem mit dem eisenköpfigen Hugenberg, der fünf Ministerien dirigierte, Hitler unterbekommen zu können. Doch leider entwickelte Hitler sich alsbald zum Schaden der ganzen Welt, als der Eiserne, der die Anderen zerschlug. Papen wurde als Preußischer Minister entfernt, als Vizekanzler kaltgestellt und in der Hauptsache auf die Saarfrage beschränkt. Als ich am 30.Juni 1934 bei ihm war, entging er knapp der Erschießung, wurde in Haft gesetzt und von Hitler entlassen.
Nach der Ermordung von Dollfuß fand Hitler keinen Diplomaten für Wien und wandte sich an Papen, der mir dazu erklärte: "Als die Nationalsozialisten mich mitten in der Nacht antelephonierten, ich müsse sofort zu Hitler fliegen, antwortete ich am Telefon: Wer unlegitimiert zu mir kommt, den schiesse ich sofort über den Haufen", - In dieser Atmosphäre mußte er den Wiener Posten übernehmen. Wie Papen in der Anschlußfrage gearbeitet hat, geht wohl am besten daraus hervor, daß sein Privatsekretär Baron KETTELER am Anschlußtage von den Nazis erschossen und Papen als untüchtig von Hitler verabschiedet wurde.
Dies ist das, was ich in Kürze über Papens Verhalten nach bestem Wissen und Gewissen aussagen kann.
Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie den alliierten Richtern hiervon amtlich Kenntnis geben würden,

und bin, wie stets,
Ihr sehr ergebener
(signed) Baron von Lersner.

H0728 -0043

Interrogatory
of DR. ALFRED MARCHIONINI
Professor of the State Model Hospital
in Ankara, Turkey.

Republic of Turkey)
City of Ankara,) ss:
Embassy of the United States of America)

Deposition of Professor Dr. Alfred Marchionini, Professor of the State Model Hospital in Ankara, Turkey, taken before me, Warwick Perlins, First Secretary of the Embassy of the United States of America at Ankara, Turkey, in compliance with a request transmitted through W.L. Mitchell, Brigadier General of the United States Army, General Secretary of the International Military Tribunal at Nuernberg, Germany, on behalf of Dr. Egon Kubuschok, counsel for the defendant, Franz von Papen, now on Trial before The International Military Tribunal.

Alfred Marchionini, of lawful age, being by me first duly sworn, deposes and says:

To the first interrogatory, he says:

Ja.

To the second interrogatory, he says:

Ja.

To the third interrogatory, he says:

Ja. Darüber hinaus kann ich noch das Folgende dazu aussagen: ich selbst war seit 1939 mit Dr. Goerdeler befreundet, der mich in jenem Jahre in Ankara besuchte und für seine Pläne gewann: jeder deutsche Patriot solle alles, was in seinen Kräften stehe, tun, um in seinem Bereich das Hitlerregime zu untergraben und auf diese Weise dessen endgültigen Sturz vorzubereiten. Ich habe deshalb im Laufe der Jahre wiederholt von Papen Vorschläge für die Beseitigung des Hitlerregimes gemacht; er hat meinen Vorschlägen stets bereitwilligst Gehör geschenkt und Fragen der praktischen Durchführung eines solchen Umsturzes wurden von uns sogar in Einzelheiten erörtert. Die letzte diesbezügliche Unterredung fand am 2. August 1944 statt, am Tage vor seiner endgültigen Abreise aus Ankara nach

H0728 - 0044

Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei. Auf meinen Rat, die Türkei nicht zu verlassen, sondern von hier aus einen Aufruf an das deutsche Volk und die deutsche Armee zu richten, Hitler zu stürzen und den sinnlosen Krieg einzustellen, antwortete von Papen dem Sinne nach das Folgende: "Ich habe aus der Geschichte gelernt, dass man Diktaturen nicht aus der Emigration beseitigen kann; man muss in das Land selbst gehen, um dort das Regime wirksam zu bekämpfen. Ich habe mich deshalb entschlossen, nach Deutschland zurückzukehren, um dort den Kampf gegen das Hitlerregime zu führen und damit das Kriegsende schneller herbeizuführen."

To the fourth interrogatory, he says

Ja.

To the fifth interrogatory, subdivision a), he says:

Ja. Von Papen hat darüber hinaus selbst für die ärztliche Behandlung seiner Tochter Marguerite und seiner beiden Enkelkinder meinen Kollegen Eckstein, für seine eigene Behandlung meinen ebenfalls jüdischen Kollegen Laqueur konsultiert.

To the fifth interrogatory, subdivision b), he says:

Ja.

To the fifth interrogatory, subdivision c), he says:

Ja.

To the sixth interrogatory, he says:

Diese Zusammenhänge sind mir nur vom Hörensagen bekannt, eine sichere Kenntnis darüber besitze ich nicht. Ich bin aber überzeugt, dass die Angaben den Tatsachen entsprechen. Meine Überzeugung stützt sich auf eine Reihe entsprechender Erfahrungen. Im Laufe der Jahre war ich wiederholt bei Herrn von Papen im Auftrage meiner jüdischen Kollegen in Istanbul und Ankaram um ihn um Intervention für ihre verschleppten Angehörigen zu bitten. In jedem Falle hat von Papen meiner Bitte entsprochen, was ich aus den

H0728 – 0045

regelmässig negativen Antworten der Reichsbehörden, die mir von Papen vorlegen liess, entnehmen konnte. Im Falle der Durchsetzung der Berufung meines Kollegen Professor Kr[illegible]z, der wegen seiner jüdischen Frau in Deutschland seines Amtes enthoben war, hatte von Papen's Aktion jedoch Erfolg. Die Annahme der Berufung auf den Lehrstuhl für Altphilologie der Universität Istanbul scheiterte zunächst daran, dass die Reichsbehörden K. die Ausreise aus Deutschland verweigerten. Erst nach Intervention von Papen's wurde die Ausreiseerlaubnis erteilt und K. konnte im Frühjahr 1944 mit seiner Frau nach Istanbul übersiedeln.

Besonders deutlich habe ich eine Aktion aus dem Frühling 1944 in Erinnerung, bei der ich auf Ersuchen des Herrn Barlas, des Flüchtlingskommissars der Jewish Agency, Herrn von Papen aufsuchte, um ihn um seine Mitwirkung bei der Errettung von 1o,ooo Juden in Frankreich vor der Verschickung nach Polen zum Zwecke der Vernichtung zu bitten; diese Juden hatten früher die türkische Nationalität besessen, diese aber später aufgegeben. Herr von Papen entsprach meiner Bitte und durch sein Eintreten wurde das Leben dieser Juden gerettet, was ich später durch Herrn Barlas selbst erfuhr. Einzelheiten dieser Aktion, über die auch die Herren Steinhardt, damals Botschafter der Vereinigten Staaten in Ankara, und Numan Menemencioglu, damals Aussenminister der Türkei, unterrichtet waren, koennten bei Herrn Barlas angefragt werden.

To the seventh interrogatory, he says:

Von solch einer direkten Anweisung war mir nichts bekannt. Wohl aber weiss ich, dass Herr von Papen und seine ganze Familie - trotz der bekannten Einstellung der Nazi - ostentativ in jüdischen Geschäften in der Perastrasse in Istanbul ihre Einkäufe besorgten.

gez. Alfred MARCHIONINI

Subscribed and sworn to before me this Eigth day of April, 1946.

(signed)Warwick PERKINS
First Secretary of Embassy

(seal) Service Nr. 23 No fee prescribed

H0728 - 0046

H0728-0047

Dr. Kubuschok,
Verteidiger des
Angeklagten
von P a p e n ,
N ü r n b e r g

Nürnberg, den 12. Januar 1946

An den
Herrn Generalsekretär
International Military Tribunal,
N ü r n b e r g

Der Angeklagte von P a p e n beruft sich für die nachstehenden Beweisfragen auf das Zeugnis des Professors Dr. med. M a r c h i o n i n i , staatl. Musterkrankenhaus in Ankara.

Mit Rücksicht auf die Entfernung des Wohnsitzes des Zeugen und mit Rücksicht, dass eine längere Abwesenheit von Ankara wegen seines Berufes vermieden werden soll, bitte ich, die Beweiserhebung in Form der Einreichung eines Fragebogens vorzunehmen.

Die Kenntnis des Zeugen über die Beweisthemen ergibt sich aus seiner Tätigkeit als Hausarzt in der Familie des Angeklagten; Seine Kenntnis über die aufgeworfenen Fragen zu dem Judenproblem ergibt sich insbesondere aus der Tatsache, dass die Ehefrau des Zeugen, die Tochter des in einen Konzentrationslager getöteten Professors der Medizin S o e t e b e e r , ein "Mischling" im Sinne der Nürnberger Gesetze ist.

Ich bitte, den Zeugen nachstehende Beweisfragen zur Beantwortung vorzulegen:

1.) Ist Ihnen der Angeklagte Botschafter a.D. von P a p e n aus den Jahren 1939 - 44, während derer Sie sein und seiner Familie Hausarzt waren, so wohl bekannt, dass Sie in der Lage sind, ein objektives Urteil über seine Einstellung zum Kriege wie zu der von den Nazis propagierten Ausrottung der jüdischen Rasse in Europa abzugeben?

2.) Ist es zutreffend, dass der Angeklagte v.Papen die

Provozierung des Krieges mit Polen und den daraus entstandenen Weltkrieg nicht nur als ein grosses nationales Unglück, sondern als eine Katastrophe für die gesamte abendländische Kulturwelt betrachtete?

3.) Hat der Angeklagte v. Papen in Ansprachen an die deutsche Colonie in Ankara und Istanbul unter Ablehnung eines Eroberungskrieges alsbaldige Beendigung des Krieges gefordert, wenn nicht die europäische Kultur vernichtet werden solle. Hat er darauf hingewiesen, dass diese Lösung nur auf der Basis des Christentums gefunden werden könne?

4.) Hat der Angeklagte v.Papen die durch die Nürnberger Gesetze beschlossene und seitdem in Gang gesetzte Verfolgung des Judentums als mit den Grundsätzen der römischen Kirche unvereinbar stets abgelehnt?

5.) Können Sie bezeugen, dass der Angeklagte v.Papen in seinem amtlichen Wirkungskreis in der Türkei stets dieser Auffassung entsprechend vorgegangen ist und dass er

a) in einem von der NSDAP gegen Mitglieder seiner Botschaft anhängig gemachten Parteigerichtsverfahren (weil diese Herren einen bekannten jüdischen Arzt - Prof.Dr.Eckstein - zur ärztlichen Behandlung ihrer Kinder herbeigezogen hatten) sich auf ihre Seite gestellt hat, indem er amtlich erklärte, dass er selbst so gehandelt haben würde?

b) es abgelehnt hat, den Befehlen seiner vorgesetzten Behörde zu folgen, als diese anordnete, dass allen in der Türkei befindlichen reichsdeutschen Juden die Pässe entzogen werden sollten und sie ihrer deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig zu erklären seien?

c) vielmehr der Reichsregierung gegenüber den Standpunkt vertreten und durchgesetzt hat, dass solche "nicht arische" deutsche Staatsbürger nicht ihrer Staatsbürgerschaft beraubt wurden und in ihrem Wirkungskreis unbelästigt zu belassen seien?

H0728-0048

H0728 – 0049

6.) Ist Ihnen bekannt, dass der Angeklagte v.Papen in mehreren Fällen, in denen die türkische Regierung von ausländischen Regierungen (rumän., bulgar.) gebeten wurde, Transporte jüdischer Flüchtlinge aus diesen Ländern über die Türkei nach Palästina zu genehmigen, sich mit Erfolg bei der türkischen Regierung dafür eingesetzt hat, dass diese Erlaubnis erteilt und dadurch das Flüchtlingselend wesentlich erleichtert wurde?

7.) Ist Ihnen bekannt, dass der Angeklagte v.Papen die Landesleitung der NSDAP in der Türkei daran gehindert hat, den in der Türkei wohnenden Reichsdeutschen Anweisungen zum Boykott jüdischer Geschäfte in der Türkei zu erteilen?

Ergebenst

gez. Dr. Kubuschok

von Papen Dok. 95
(Zusammenstellung)

- 1 -

Fragen und Antworten des Fragebogens Marchionini.

1.) Frage: Ist Ihnen der Angeklagte Botschafter a.D. von Papen aus den Jahren 1939-44, während derer Sie sein und seiner Familie Hausarzt waren, so wohl bekannt, dass Sie in der Lage sind, ein objektives Urteil über seine Einstellung zum Kriege wie zu der von den Nazis propagierten Ausrottung der jüdischen Rasse in Europa abzugeben?

Antwort: Ja.

2.) Frage: Ist es zutreffend, dass der Angeklagte v.Papen die Provozierung des Krieges mit Polen und den daraus entstandenen Weltkrieg nicht nur als nationales Unglück, sondern als eine Katastrophe für die gesamte abendländische Kulturwelt betrachtete?

Antwort: Ja.

3.) Frage: Hat der Angeklagte v.Papen in Ansprachen an die Deutsche Colonie in Ankara und Istanbul unter Ablehnung eines Ereberungskrieges alsbaldige Beendigung des Krieges gefordert, wenn nicht die europäische Kultur vernichtet werden solle. Hat er darauf hingewiesen, dass diese Lösung nur auf der Basis des Christentums gefunden werden könne?

Antwort: Ja. Darüber hinaus kann ich noch das Folgende dazu aussagen: ich selbst war seit 1939 mit Dr. Goerdeler befreundet, der mich in jenen Jahre in Ankara besuchte und für seine Pläne gewann: jeder deutsche Patriot solle Alles, was in seinen Kräften stehe, tun, um in seinem Bereich das Hitlerregime zu untergraben.und auf diese Weise dessen endgültigen Sturz vorzubereiten. Ich habe deshalb im Laufe der Jahre wiederholt von Papen Vorschläge für die Beseitigung des Hitlerregimes gemacht; er hat meinen Vorschlägen stets bereitwilligst Gehör geschenkt und Fragen der praktischen Durchführung eines solchen Umsturzes wurden von uns sogar in Einzelheiten erörtert. Die letzte diesbezügliche Unterredung fand am 2. August 1944 statt, am Tage vor seiner endgültigen Abreise aus Ankara nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei.

H0728-0050

H0728-0051

Auf meinen Rat, die Türkei nicht zu verlassen, sondern von hier aus einen Aufruf an das deutsche Volk und die deutsche Armee zu richten, Hitler zu stürzen und den sinnlosen Krieg sofort einzustellen, antwortete von Papen dem Sinne nach das Folgende: "Ich habe aus der Geschichte gelernt, dass man Diktaturen nicht aus der Emigration beseitigen kann; man muss in das Land selbst gehen, um dort das Regime wirksam zu bekämpfen. Ich habe mich deshalb entschlossen, nach Deutschland zurückzukehren, um dort den Kampf gegen das Hitlerregime zu führen und damit das Kriegsende schneller herbeizuführen."

Frage:

4.) Hat der Angeklagte v.Papen die durch die Nürnberger Gesetze beschlossene und seitdem in Gang gesetzte Verfolgung des Judentums als mit den Grundsätzen der römischen Kirche unvereinbar stets abgelehnt?

Antwort: Ja.

Frage:

5.) Können Sie bezeugen, dass der Angeklagte v. Papen in seinem amtlichen Wirkungskreis in der Türkei stets dieser Auffassung entsprechend vorgegangen ist und dass er

a) in einem von der NSDAP gegen Mitglieder seiner Botschaft anhängig gemachten Parteigerichtsverfahren (weil diese Herren einen bekannten jüdischen Arzt - Professor Dr. Eckstein - zur ärztlichen Behandlung ihrer Kinder herbeigezogen hatten) sich auf ihre Seite gestellt hat, indem er amtlich erklärte, dass er selbst ebenso gehandelt haben würde?

Antwort: Ja. Von Papen hat darüber hinaus selbst für die Behandlung seiner Tochter Marguerite und seiner beiden Enkelkinder meinen Kollegen Eckstein, für seine eigene Behandlung meinen ebenfalls jüdischen Kollegen Laqueur konsultiert.

5.) b) Frage: es abgelehnt hat, den Befehlen seiner vorgesetzten Behörde zu folgen, als diese anordnete, dass allen in der Türkei befindlichen reichsdeutschen Juden die Pässe entzogen werden sollten und sie ihrer deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig zu erklären seien?

H0728-0052

Antwort: Ja.

5.) Frage:

c) vielmehr der Reichsregierung gegenüber den Standpunkt vertreten und durchgesetzt hat, dass solche "nicht arische" deutsche Staatsbürger nicht ihrer Staatsbürgerschaft beraubt wurden und in ihrem Wirkungskreis unbelästigt zu belassen seien?

Antwort: Ja.

6.) Frage: Ist Ihnen bekannt, dass der Angeklagte v. Papen in mehreren Fällen, in denen die türkische Regierung von ausländischen Regierungen (rumän., bulgar.) gebeten wurde, Transporte jüdischer Flüchtlinge aus diesen Ländern über die Türkei nach Palästina zu genehmigen, sich mit Erfolg bei der türkischen Regierung dafür eingesetzt hat, dass diese Erlaubnis erteilt und dadurch das Flüchtlingselend wesentlich erleichtert wurde?

Antwort: Diese Zusammenhänge sind mir nur vom Hörensagen bekannt, eine sichere Kenntnis darüber besitze ich nicht. Ich bin aber überzeugt, dass die Angaben den Tatsachen entsprechen. Meine Überzeugung stützt sich auf eine Reihe entsprechender Erfahrungen. Im Laufe der Jahre war ich wiederholt bei Herrn von Papen im Auftrage meiner jüdischen Kollegen in Istanbul und Ankara, um ihn um Intervention für ihre verschleppten Angehörigen zu bitten. In jedem Falle hat von Papen meiner Bitte entsprochen, was ich aus den regelmässig negativen Antworten der Reichsbehörden, die mir von Papen vorlegen liess, entnehmen konnte. Im Falle der Durchsetzung der Berufung meines Kollegen Professor Kranz, der wegen seiner jüdischen Frau in Deutschland seines Amtes enthoben war, hatte v. Papen's Aktion jedoch Erfolg. Die Annahme der Berufung auf den Lehrstuhl für Altphilologie der Universität Istanbul scheiterte zunächst daran, dass die Reichsbehörden K. die Ausreise aus Deutschland verweigerten.

H0728-0053

Erst nach Intervention von Papen's wurde die Ausreiseerlaubnis erteilt und K. konnte im Frühjahr 1944 mit seiner Frau nach Istanbul übersiedeln.

Besonders deutlich habe ich eine Aktion aus dem Frühling 1944 in Erinnerung, bei der ich auf Ersuchen des Herrn Barlas, des Flüchtlingskommissars der Jewish Agency, Herrn von Papen aufsuchte, um ihn um seine Mitwirkung bei der Errettung von 1o.ooo Juden in Frankreich vor der Verschickung nach Polen zum Zwecke der Vernichtung zu bitten; diese Juden hatten früher die türkische Nationalität besessen, diese aber später aufgegeben. Herr von Papen entsprach meiner Bitte und durch sein Eintreten wurde das Leben dieser Juden gerettet, was ich kurze Zeit später durch Herrn Barlas selbst erfuhr. Einzelheiten dieser Aktion, über die auch die Herren Steinhardt, damals Botschafter der Vereinigten Staaten in Ankara, und Numan Menemencioglu, damals Aussenminister der Türkei, unterrichtet waren, könnten bei Herrn Barlas angefragt werden.

Frage:

7.) Ist Ihnen bekannt, dass der Angeklagte v. Papen die Landesleitung der NSDAP in der Türkei daran gehindert hat, den in der Türkei wohnenden Reichsdeutschen Anweisungen zum Boykott jüdischer Geschäfte in der Türkei zu erteilen?

Antwort: Von solch einer direkten Anweisung war mir nichts bekannt. Wohl aber weiss ich, dass Herr von Papen und seine ganze Familie - trotz der bekannten Einstellung der Nazi - ostentativ in jüdischen Geschäften in der Perastrasse in Istanbul ihre Einkäufe besorgten.

gez. Alfred MARCHIONINI

Unterzeichnet und vor mir beschworen heute, am 8. April 1946.

gez. Warwick PERKINS
Erster Botschaftssekretär

(Siegel) Dienst - Nr. 23 Keine Gebühr vorgeschrieben.

INTERROGATARY
OF VICTOR PRINCE ZU ERBACH - SCHOENBERG

Testimony of Victor Prince zu Erbach - Schoenberg given at Gmunden, Austria at 1600 hours, 28 May 1946.

Mr. John S. F. Shroad, American civilian, appeared before the Investigator-Examiner as a reporter and was sworn by him in the following form:

"You swear that you will faithfully perform the duties of reporter in this investigation now being conducted by me. So Help You God."

Dr. Gottfried Hassfurther appeared as an interpreter and was sworn by the Investigator - Examiner in the following form:

"You swear that you will truly interpret in this investigation now being conducted by me. So Help You God."

VICTOR PRINCE ZU ERBACH-SCHOENBERG appeared before the Investigator-Examiner and testified as follows:

Q. Victor Prince zu Erbach-Schoenberg, I am going to interrogate you at the request of Defendant von Papen, who is presently on trial as a war criminal at Nuernberg, Germany. Are you willing to take an oath as to the testimony that you are about to give?

A. Yes.

Q. Do you understand the meaning of an oath?

A. Yes.

Q. Please stand up, raise your right hand, and be sworn. "You, Victor Prince zu Erbach-Schoenberg, swear that the evidence you shall give in this investigation now being conducted by me, shall be the truth, the whole truth, and nothing but the truth. So Help You God."

A. I do.

Q. State your name, home address, age, and occupation.

A. Victor Prince zu Erbach-Schoenberg; Gmunden (Austria) Ort 44, Villa Buben; 66 years old; retired diplomat.

H0728-0054

H0728-0055

1.) Q. Were you in the years from 1934 - 1937 during the term of duty of the defendant von Papen in Vienna his Councillor (Botschaftsrat) therefore his first and most intimate co-worker?

A. Yes, but only during the years 1934 to 1936.

2.) Q. Are you from this intimate collaboration, familiar with his general political view, particularly on the mission entrusted to him in Vienna?

A. Yes, as far as I know, von Papen's mission in Vienna was the preparation of as close an amalgamation of Austria and Germany as possible.

3.) Q. What was his attitude towards the following points of the Nazi program:

a) towards the fight of the Party against the Christian Churches?

b) towards the fight of the Party against Jewry?

Is it known to you that the defendant von Papen had heated arguments with the Party (local party offices and Gauleiter Bohle) about these questions?

A. Von Papen absolutaly opposed the fight of the Party against the Christian Churches. I am positive that he did not agree to those means used in the fight of the Party against Jewry. I cannot well remember, since it was 10 or 12 years ago, if the defendant von Papen had heated arguments with any of the local party offices and Gauleiter Bohle about the above questions. Furthermore, at that time, no party offices existed competant of such argument.

4.) Q. Did the defendant von Papen inform you in 1934 that he accepted the commission to re-establish the relations between Austria and the Reich disturbed by the Dollfuss murder, only under the firm condition that any use of force must be discontinued and that the task be fulfilled in an evolutionary manner?

A. I do not know if von Papen accepted the commission under any conditions. It appeared from his activities and his

remarks, that he absolutely wanted to have a lasting settlement of the Austrian question only to be accomplished by evolution and not by any force.

5.) Q. Did the defendant von Papen act in Vienna according to this policy?

A. As long as I was there, I had the impression that the defendant von Papen acted according to this policy of establising the relations through peaceful means rather than force.

6.) Q. Did he regard it as his first task to win the confidence of the Austrian Government; to make it clear to them that he would never do or support anything to reach this goal by force even though he regarded a federal state union of Austria and the Reich as the goal to be pursued by both sides?

A. Yes, he acted according to this policy, to win the support of the Austrian Government by peaceful means.

7.) Q. Is it correct that for this reason the defendant von Papen was never interested in a change of the regime of Austria but only wished that the Schuschnigg Government might find a basis on which to make peace with the Austrian Nazis - also in order to avoid interference by the German Reich Party?

A. It is correct.

8.) Q. Was it von Papen's mission to incorporate the South-East of Europe as far as Turkey as "hinterland" into the German Reich? Was Austria to be the first country herein? Did von Papen ever talk to you or - as far as you know - to others about these alleged aims of his policy? Does the policy followed by von Papen and his political conception exclude such aims and also such declarations?

A. No, it was not von Papen's mission to incorporate the South-East of Europe as far as Turkey as "hinterland" into the German Reich. I have no facts pointing towards Austria being the first country therein. I do

HO728-0056

H0728-0057

not remember his ever talking to me about that and I do not know if he ever talked to others about that. I had not the impression at that time that such a political conception was in his mind.

9.) Q. Did the defendant von Papen - as Mr. Messersmith assumes in his affidavit - receive a political commission to see to it that the influence of the Reich became predominant in other Southeastern states and did he ever take any steps towards this goal?

A. There is nothing known to me about any order of that kind. It is beyond my knowledge whether he ever took any steps towards that goal. It does not seem probable to me, but I do not know.

10.) Q. In particular, did the defendant von Papen ever make offers of a territorial nature to Hungary or Yugoslavia in case of the partitioning of Czechoslovakia?

A. I do not know anything about that question.

11.) Q. In view of your knowledge of the reports made by the defendant von Papen to Hitler and the Foreign Office, can you demonstrate that the defendant von Papen - as far as it was not a question of reports on events in the bordering countries which became known to him from Vienna sources - never took a hand in the Reich politics towards Czechoslovakia, Hungary, Rumania and Bulgaria, but limited himself to his Austrian task?

A. I do not know if he ever interfered in the Reich politics towards Czechoslovakia, Hungary, Rumania and Bulgaria. He was only working on the Austrian problem with all its intricacies at that time the ramifications of which sometimes involved Hungary and Czechoslovakia.

12.) Q. Are you convinced that the defendant von Papen had honest intentions in the full sense of the word as regards the German-Austrian treaty of 11 July 1936 because it put German-Austrian relations on a normal basis; and that, through the declaration to recognize Austrian sovereignty he wanted to make it impossible that Austria would be forced to the "Anschluss" against her will?

H0728-0058

A. As far as I know and as long as I have been working with him, I had the impression that his intentions towards the German-Austrian treaty of 11 July 1936 were honest. Itwas the purpose of all his policy to achieve a federal state union of Austria and the Reich.

13.) Q. Did not Austria and her Government understand the treaty in this way and welcome it vividly?

A. I had the impression at that time that the Austrian government accepted the treaty of its own free will and not as a result of force.

14.) Q. As Austria in the not published part of the treaty had agreed to have the national opposition participate in responsible work, was it not the duty of the Ambassador to see to it that this part was fulfilled, and that he had to keep up contact with the Austrian Nazi Party for this purpose?

A. As I do not recollect anything about an unpublished portion of the treaty which states that the national opposition participate in responsible work, I cannot answer the question.

15.) Q. Can you testify that Papen aside from the contact for the above mentioned purpose never took part in the affairs of the Austrian Nazis, above all, never gave them support of any kind in connection with illegal intentions or acts of these National Socialists against their Government?

A. I do not know.

signed Victor Prince zu Erbach-Schoenberg

Attest:

signed LEONARD L. PHILLIPS, 1st Lt, FA
Investigator - Examiner
WCIT 6829

I certify that the above testimony was translated to the witness in his own language, prior to his signature which appears above.

signed DR.GOTTFRIED HASSFURTHER
Interpreter - WCIT 6829

H0728-0059

v. Papen Dok. 96
(Deutsche Übersetzung)

Fragebogen
des
Prinzen VICTOR ZU ERBACH-SCHOENBERG

Aussage des Prinzen Victor zu Erbach-Schoenberg am 28. Mai 1946 16 oo Uhr abgegeben in Gmunden-Oesterreich.

Herr John S.F. Schroad, amerikanischer Zivilist, erscheint vor dem vernehmenden Untersuchungsbeamten als Protokollführer und wird wie folgt vereidigt:

"Sie schwören, dass Sie die Pflichten eines Protokollführers in dieser von mir jetzt geführten Untersuchung getreu ausführen werden. So wahr Ihnen Gott helfe."

Dr. Gottfried Hassfurther erscheint als Dolmetscher und wurde vom vernehmenden Untersuchungsbeamten vereidigt wie folgt:

"Sie schwören, dass Sie in dieser jetzt von mir geführten Untersuchung getreu dolmetschen werden. So wahr Ihnen Gott helfe."

VICTOR PRINZ ZU ERBACH-SCHOENBERG erscheint vor dem vernehmenden Untersuchungsbeamten und gibt Zeugnis wie folgt:

F. Victor Prinz zu Erbach-Schoenberg, ich werde Sie jetzt auf Ersuchen des Angeklagten von Papen verhören, der gegenwärtig als Kriegsverbrecher in Nuernberg, Deutschland vor Gericht steht. Sind Sie bereit, Ihre Zeugenaussage zu beschwören?

A. Ja.

F. Ist Ihnen die Bedeutung des Eides bekannt?

A. Ja.

F. Bitte stehen Sie auf, erheben Sie Ihre rechte Hand und legen Sie den Eid ab. "Sie, Victor Prinz zu Erbach-Schoenberg, schwören, dass das Zeugnis das Sie in dieser jetzt von mir geführten Untersuchung geben werden, die Wahrheit, die ganze Wahrheit und nur die Wahrheit sein wird. So wahr Ihnen Gott helfe?"

H0728-0060

A. Ich schwöre es.

F. Geben Sie Ihren Namen, Anschrift, Alter und Beruf an.

A. Victor Prinz zu Erbach-Schoenberg; Ghunden (Oesterreich) Ort 44, Villa Buben; 66 Jahre alt; Diplomat im Ruhestand.

1.) F. Waren Sie in den Jahren 1934 bis 1937, während der Dienstzeit des Angeklagten v. Papen in Wien, dessen Botschaftsrat und daher sein erster und vertrautester Mitarbeiter?

A. Ja, aber nur während der Jahre 1934 bis 1936.

2.) F. Sind Sie von dieser engen Mitarbeit her, mit seiner allgemeinen politischen Denkungsweise vertraut, besonders was die ihm für Wien übertragene Aufgabe betrifft?

A. Ja, soviel ich weiss, bestand von Papens Aufgabe in Wien darin, eine möglichst enge Verschmelzung von Oesterreich und Deutschland vorzubereiten.

3.) F. Wie war seine Einstellung den folgenden Punkten des Naziprogramms gegenüber:

a) Gegenüber den Kampf der Partei gegen die christlichen Kirchen?

b) Gegenüber dem Kampf der Partei gegen das Judentum? Ist Ihnen bekannt, dass der Angeklagte von Papen heftige Auseinandersetzungen mit der Partei (örtliche Parteistellen und Gauleiter Bohle) wegen dieser Fragen hatte?

A. Von Papen war entschieden gegen den Kampf der Partei, gegen die christlichen Kirchen. Ich bin sicher, dass er nicht mit den Mitteln einverstanden war, welche die Partei im Kampf gegen das Judentum anwandte. Ich kann mich nicht gut daran erinnern, es liegt ja 10 oder 12 Jahre zurück, ob der Angeklagte von Papen heftige Auseinandersetzungen mit irgendwelchen örtlichen Parteistellen und Gauleiter Bohle über obige Fragen hatte. Ausserdem gab es zu der Zeit keine Parteistellen, die für eine derartige Auseinandersetzung zuständig gewesen wären.

H0728-0061

4.) F. Hat Ihnen der Angeklagte von Papen im Jahre 1934 mitgeteilt, dass er die Aufgabe, die nach dem Dollfuss-Mord gestörten Beziehungen zwischen Oesterreich und dem Reich wiederherzustellen, nur unter der ausdrücklichen Bedingung übernommen habe, dass jeglicher Gebrauch von Gewalt aufhören müsse und dass die Aufgabe im Wege ruhiger Entwicklung gelöst werden müsse?

A. Ich weiss nicht, ob von Papen seine Aufgabe unter irgendwelchen Bedingungen angenommen hat. Aus seiner Tätigkeit und seinen Bemerkungen ging hervor, dass er unbedingt eine dauernde Lösung der oesterreichischen Frage die nur durch ruhige Entwicklung und nicht durch Gewalt erzielt werden könne.

5.) F. Hat Angeklagter von Papen in Wien diesen politischen Grundsätzen entsprechend gehandelt?

A. Solange ich da war, hatte ich den Eindruck, dass Angeklagter von Papen diesen Grundsätzen entsprechend gehandelt hat, d.h. der Herstellung von Beziehungen auf friedlichem Wege eher als mit Gewalt.

6.) F. Betrachtete er es als seine erste Aufgabe, das Vertrauen der oesterreichischen Regierung zu gewinnen; ihr klar zu machen, dass er nie etwas tun oder etwas unterstützen werde, um dieses Ziel mit Gewalt zu erreichen, obwohl er eine bundesstaatliche Vereinigung Oesterreichs mit dem Reich als das von beiden Seiten zu erstrebende Ziel ansah?

A. Ja, er handelte dieser politischen Einstellung entsprechend, um die Unterstützung der oesterreichischen Regierung mit friedlichen Mitteln zu gewinnen.

7.) F. Stimmt es, dass aus diesem Grunde der Angeklagte von Papen sich nie für eine Änderung des Regimes in Oesterreich interessierte, dass er nur wünschte, dass die Regierung Schuschnigg eine Grundlage finden möge, auf welcher sie mit den österreichischen Nazis Frieden schliessen könne - auch um Einmischungen von Seiten der Partei des Deutschen Reiches zu vermeiden.

H0728-0062

A. Das stimmt.

8.) F. War es von Papens Aufgabe, den Südosten Europas bis zur Türkei als "Hinterland" in das Deutsche Reich einzugliedern? Sollte Oesterreich dabei das erste Land sein? Sprach von Papen jemals zu Ihnen oder - falls Ihnen bekannt - zu anderen über diese angeblichen Ziele seiner Politik? Schliesst die von von Papen befolgte Politik und seine politischen Anschauungen solche Ziele und auch solche Erklärungen aus?

A. Nein, es war nicht von Papens Aufgabe, den Südosten Europas bis zur Türkei als "Hinterland" ins Deutsche Reich einzugliedern. Mir sind keine Tatsachen bekannt, die darauf schliessen liessen, dass Oesterreich dabei das ersteLand sein sollte. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass er je zu mir oder zu anderen darüber gesprochen hätte. Ich hatte damals nicht den Eindruck, dass eine derartige politische Einstellung seiner Auffassung entsprach.

9.) F. Hatte der Angeklagte von Papen - wie Herr Messersmith in seiner eidesstattlichen Erklärung annimmt - die politische Aufgabe, darauf zu sehen, dass das Reich in anderen Südoststaaten einen beherrschenden Einfluss erhalte und unternahm er je Schritte für die Erreichung dieses Zieles?

A. Ich weiss nichts von irgendeinem Auftrag dieser Art. Es entzieht sich meiner Kenntnis, ob er je Schritte mit diesem Zwecke unternommen. Es ist mir nicht wahrscheinlich, aber ich weiss es nicht.

10.) F. Hat der Angeklagte von Papen insbesondere Ungarn oder Jugoslavien je Angebote territorialer Art für den Fall einer Teilung der Tschechoslowakei gemacht?

A. Über diese Frage ist mir nichts bekannt.

11.) F. Können Sie angesichts Ihrer Kenntnis von Angeklagten von Papen an Hitler und an das Auswärtige Amt erstatteten Berichte dartun, dass der Angeklagte von Papen - soweit es sich nicht um eine Frage von Berichten über Ereignisse in Nachbarländern handelt, die ihm durch

H0728-0063

Wiener Quellen bekannt geworden waren - nie an der Politik des Reiches gegenueber der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumaenien und Bulgarien teilgenommen, sondern sich auf seine oesterreichische Aufgabe beschraenkte?

A. Ich weiss nicht, ob er sich je in die Politik des Reiches gegenueber der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumaenien und Bulgarien eingemischt hat. Er bearbeitete lediglich, das oesterreichische Problem mit all seinen Verwicklungen, deren Auswirkungen sich damals mitunter auch nach Ungarn und die Tschechoslowakei erstreckten.

12.)F. Sind Sie davon ueberzeugt, dass der Angeklagte von Papen mit dem deutsch-oesterreichischen Vertrag vom 11.Juli 1936 ehrliche Absichten im wahren Sinne des Wortes hatte, weil dieser den deutsch-oesterreichischen Beziehungen eine normale Grundlage gab? Und dass er es durch die Erklaerung der Anerkennung von Oesterreichs Unabhaengigkeit unmoeglich machen wollte, dass Oesterreich gegen seinen Willen zum Anschluss gezwungen werde?

A. Soviel ich weiss, und solange ich mit ihm zusammen arbeitete, hatte ich den Eindruck, dass seine Absichten im Hinblick auf den deutsch-oesterreichischen Vertrag vom 11. Juli 1936 ehrliche waren. Der Zweck seiner ganzen Politik war eine bundesstaatliche Vereinigung Oesterreichs mit dem Reich zustande zu bringen.

13.) F. Hat nicht Oesterreich und seine Regierung den Vertrag in dieser Weise verstanden und lebhaft begruesst?

A. Ich hatte damals den Eindruck, dass die oesterreichische Regierung den Vertrag aus eigenem freien Willen und nicht unter dem Druck von Gewalt schloss.

14.) F. Da Oesterreich im nicht veroeffentlichten Teil des Vertrages sich damit einverstanden erklaert hatte, die nationale Oppositionspartei verantwortlich an der Arbeit teilnehmen zu lassen, war es nicht die Pflicht des Gesandten darauf zu sehen, dass dieser Teil angefuehrt wurde, und dass er zu diesem Zweck in Fuehlung mit der oesterreichischen Nazipartei blieb.

A. Ich kann mich nicht an einen unveröffentlichten Teil des Vertrags erinnern, in dem steht, dass die nationale Opposition verantwortlich an der Arbeit teilnehmen solle. Ich kann die Frage nicht beantworten.

15.) F. Können Sie bezeugen, dass von Papen abgesehen von den Beziehungen für den oben erwähnten Zweck nie an den Angelegenheiten der oesterreichischen Nazis teilgenommen und vor allen diesen im Zusammenhang mit illegalen Absichten oder Handlungen gegen ihre Regierung nie irgendwelche Unterstützung gewährte?

A. Das weiss ich nicht.

gez. Victor Prinz
zu ERBACH-SCHOENBERG

Attest:

LEONHARD L.PHILLIPS, Lster
Leutnant FA
Vernehmender Untersuchungs-
beamter W C I T 6829

Ich bestätige, dass obige Zeugenaussage dem Zeugen vor Leistung seiner obigen Unterschrift in seine Sprache übersetzt wurde.

gez. Dr. GOTTFRIED HASSFURTHER
Dolmetscher-WCIT 6829

Ich, H.J. HARRISON, Br.Exp.F.Permit Nr. 11o6o9 bestätige hiermit, dass ich durchaus vertraut mit der englischen und deutschen Sprache bin und dass das Vorstehende eine wahrheitsgenässe und richtige Übersetzung des Dokuments Nr. 96 darstellt.

3. Juni 1946

H.J.HARRISON,
Br.Exp.F.Permit Nr. 11o6o9

H0728-0064

Willy

7/26/46

E R G A E N Z U N G S - U [illegible] D E N - B U C H I

zur Verteidigung des Angeklagten Franz von P a p e n

vorgelegt vom Verteidiger

Dr. Egon K u b u s c h o k

H0728-0065

H0728-0066

Notice.

Not to be published until presented before the tribunal in open court and then only that portion actually submitted as evidence.

Ne pas publier avant présentation devant le tribunal en audience publique et seulement la partie réellement versée au dossier.

Nicht zu veroeffentlichen vor Darlegung vor dem Gericht (Tribunal) in oeffentlicher Sitzung und dann nur jenen Teil, welcher tatsaechlich zur Beweisfuehrung uebermittelt wurde.

Не публиковать до того, как представлено на публичном заседании Трибунала и только ту часть, которая представлена в качестве доказательства.

H0728-0067

I certify that none of the documents included herein have been denied by the Tribunal and that this document book has been examined with the prosecution in accordance with the ruling of the Tribunal dated 4 April 1946.

Je certife qu'aucun des documents ci-inclus n'a été contesté par le Tribunal, et que ce livre de documents a été examiné par le Minstére Public suivant les règles du Tribunal, en date du 4 Avril 1946.

Ich bestaetige, dass kine der hierin enthaltenen Dokumente vom Gerichtshof abgelehnt wurden und dass dieses Dokumentenbuch gemeinsam mit der Anklagevertretung durchgesehen wurde, in Uebereinstimmung mit der Entscheidung des Gerichtshofes vom 4 April 1946.

Signature of Counsel

Signature de l'Avocat

Unterschrift des Verteidigers.

H0728-0068

von Papen Dok. 97

Th. Graf v. SEHERR - THOSS

z.Zt. Tettenhausen / Obb.
den 14.V.1946

EIDESSTATTLICHE VERSICHERUNG.

Mir ist die Bedeutung einer eidesstattlichen Versicherung bekannt, insbesondere ist mir bekannt, dass die Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung strafbar ist. Insbesondere ist mir auch bekannt, dass meine nachstehende eidesstattliche Versicherung dem internationalen Militär-Tribunal in Nürnberg eingereicht werden soll. Ich, der Unterzeichnete, Theobald Graf v.SEHERR-THOSS versichere folgendes an Eidesstatt:

In der Zeit des Anschlusses Österreichs an das Reich befand sich Botschafter v. Papen in Berlin. In diesen Tagen hatte ich fast täglich Gelegenheit mit ihm zusammen zu treffen. An jenen 11. März 1938, dem Beginn des Einmarsches deutscher Truppen in Österreich erschien Herr v.Papen spät Abends im Unionclub, wo er mir sehr erregt und verzweifelt erklärte:

"Ich komme soeben aus der Reichskanzlei. Ich habe versucht Hitler den Einmarsch auszureden und dringend abgeraten. Er begeht aber den Wahnsinn und hat soeben den Befehl zum Einmarsch gegeben."

Neben einigen anderen Clubkameraden, auf die ich mich nicht mehr entsinnen kann, haben diese Ausserung bestimmt gehört: Mein Bruder, Graf Roger Seherr-Thoss und Herr Burchart v. Saldern.

In dieser Zeit machte mir Herr v.Papen wiederholt noch andere Andeutungen, deren genauen Wortlaut ich mich nicht mehr erinnern kann, aus welchen aber klar hervorging, dass die Politik Hitlers, mit welcher er den Anschluss Österreichs an das Reich erzwungen hat, mit der seinen in keiner Weise in Einklang zu bringen war.

gez. Theobald Graf v. Seher-Thoss

Diese eidesstattliche Versicherung wurde von dem unterzeichneten Anwalt heute entgegen genommen.

gez. Unterschrift
Rechtsanwalt

Traunstein, den 31. Mai 1946

v.Papen Bek.Nr.98

242

Ergebnisse der Reichstagswahlen
1930/1932
und der Wahl des Reichspraesidenten
im Maerz/April 1932

- entnommen aus Schulthess' Europaeischer Geschichtskalender, Herausgegeben von Ulrich Thuerauf, C.H.Beck,sche Verlagsbuchhandlung, Muenchen -

I.Reichstagswahlen (Zahlen der Stimmen und der Mandate)

	1930	31.7.1932	6.11.1932	5.3.1933
Sozialdem.Partei	8.575.000 136	7.951.245 133	7.231.404 121	7.103.500 119
NSDAP	6.406.000 110	13.732.779 230	11.705.256 196	17.265.800 288
Kommunistische Partei	4.590.000 78	5.278.094 89	5.970.833 100	4.748.500 81
Zentrum	4.127.000 69	4.586.501 75	4.228.322 70	4.298.300 73
Deutschnationale Volkspartei (5.3.1933: Kampffront Schwarz-Weiss-Rot)	2.457.000 42	2.172.941 37	3.061.626 51	3.115.700 52
Thueringischer Landbund (Dnat.)			60.065 1	
Dt.Hannoveraner			63.999 1	
Deutsche Volkspartei (5.3.1933: und Bauern)	1.577.000 27	434.548 7	659.703 11	429.500 4
Bayrische Volkspartei	1.058.000 19	1.190.453 22	1.081.595 19	1.206.300 19

H0728-0069

	1930	31.7.1932	6.11.1932	5.3.1933
Landvolk	1.108.000 18	91.284 1		
Wirtschaftspartei	1.361.000 21	146.061 2	110.117 2	
Deutsche Staatspartei	1.322.000 16	371.378 4	337.871 2	332.300 6
Christlich Sozialer Volksdienst	869.000 21	364.749 3	412.523 5	379.000 4
Deutsche Bauernpartei		2	195.368 3	
Wuerttembergischer Bauernbund		2	105.188 2	
Volksrechtspartei		1		
Weingaertner				313.300 1
Zusammen: Stimmen (einschl. Splitterparteien)	ca. 34.000.000	ca. 36.900.000	35.471.745	ca. 39.500.000
Mandate	557	608	584	647

H0728-0070

244

v.Papen Dok.Nr. 98

II. Wahl des Reichspraesidenten im Maerz/April 1932.

(Zahlen der Stimmen)

	Erster Wahlgang (13.3.1932)		Zweiter Wahlgang (10.4.1932)	
Duesterberg	2.557.590	(6,8 %)		
von Hindenburg	18.650.730	(49,6 %)	19.359.633	(53 %)
Hitler	11.339.285	(30,1 %)	13.418.051	(36,8 %)
Thaelmann	4.983.197	(13,2 %)	3.706.655	(10,2 %)
Winter	111.432	(0,3 %)		

H0728-0071

Eidesstattliche Versicherung
des
FRIEDRICH GRAF SCHAFFGOTSCH

Mir ist die Bedeutung einer eidesstattlichen Versicherung bekannt. Mir ist insbesondere bekannt, dass die Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung strafbar ist. Im Bewusstsein, dass die nachstehende eidesstattliche Erklärung dem Internationalen Militärgericht in Nürnberg vorgelegt werden soll, versichere ich, Friedrich Graf S c h a f f g o t s c h Warmbrunn, zur Zeit Schloss Kreuth bei Heideck, folgendes an Eides statt:

Ich nehme auf die in meiner eidesstattlichen Erklärung vom 8. Mai 46/an gegebenen Tatsachen Bezug. Ich vervollständige sie noch dahin, dass Herr von Papen mir erklärte, er wolle insbesondere auch deswegen unbedingt bei Hindenburg vorsprechen, um diesem erneut nahezulegen, dass unbedingt dafür gesorgt werden muesse, dass beim Ableben des Reichspräsidenten das Amt des Reichspräsidenten nicht in eine Personalunion mit dem Amt des Reichskanzlers übergehe.

Ich persönlich hatte damals den Eindruck, dass der Besuch des Herrn von Papen wohl unter anderen auf Betreiben des Sohnes und Adjutanten des Reichspräsidenten, Oberst von Hindenburg, verhindert wurde. Ich selbst hatte bezüglich meiner Person in der vorangegangenen Zeit feststellen müssen, dass in ähnlicher Weise der Reichspräsident getäuscht worden war. Hindenburg hatte mich des öfteren eingeladen. Diese Einladungen sind jedoch an mich nicht weitergegeben worden. Ich weiss dies von Herrn Professor Adam, der mir auch sagte, Hindenburg habe seinem Befremden Ausdruck gegeben, als ihm immer wieder gesagt worden sei, dass ich die einzelnen Einladungen abgesagt hätte.

Nürnberg, den 8. Mai 1946

gez. Friedrich Graf Schaffgotsch

Ich beglaubige hierdurch, dass die obige Unterschrift des Grafen Friedrich von S c h a f f g o t s c h in meiner Gegenwart geleistet worden ist.

Nürnberg, den 8. Mai 1946

gez. Dr. Kubuschok
Rechtsanwalt

H0728-0072

V.Papen Dok. 100

Auszug
aus

Schulthess'
Europaeischer Geschichtskalender

Herausgegeben von Ulrich Thuerauf
Neue Folge. Neunundvierzigster Jahrgang
Der ganzen Reihe 74. Band
1933
C.H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung.
Muenchen 1934

1. Febr. Aufloesung des Reichstags. Aufruf an das Volk.

....

Am Abend richtet Reichskanzler HITLER ueber den Rundfunk folgenden vom Kab. beschlossenen Aufruf an das Volk: ....

III. Aussenpolitisch wird die nationale Regg. ihre hoechste Mission in der Wahrung der Lebensrechte und damit der Wiedererringung der Freiheit unseres Volkes sehen. Indem sie entschlossen ist, den chaotischen Zustaenden in Deutschland ein Ende zu bereiten, wird sie mithelfen, in die Gemeinschaft der uebrigen Nationen einen Staat gleichen Wertes und damit allerdings auch gleicher Rechte einzufuegen. Sie ist dabei erfuellt von der Groesse der Pflicht, mit diesen freien, gleichberechtigten Volke fuer die Erhaltung und Festigung des Friedens einzutreten, dessen die Welt heute mehr bedarf als je zuvor. Moege auch das Verstaendnis all der anderen mithelfen, dass dieser unser aufrichtigster Wunsch zum Wohle Europas, ja der Welt sich erfuellt. So gross unsere Liebe zu unseren Heere als Traeger unserer Waffen und Symbol unserer grossen Vergangenheit ist, so waeren wir doch begluckt, wenn die Welt durch eine Beschraenkung ihrer Ruestungen eine Vermehrung unserer eigenen Waffen niemals mehr erforderlich machen wuerde.....

H0728-0073

23. Maerz. (Reichstag). Annahme des Ermaechtigungsges.

ReichskanzlerHITLER haelt folgende grosse programmatische Rede:....

....
Deutschland wartet seit Jahren vergebens auf die Einloesung des uns gegebenen A b r u e s t u n g s v e r s p r e - c h e n s der anderen. Es ist der aufrichtige Wunsch der nationalen Regg., von einer Vermehrung des deutschen Heeres und unserer Waffen absehen zu koennen, sofern endlich auch die uebrige Welt geneigt ist, ihre Verpflichtung zu einer radikalen Abruestung zu vollziehen.(Lebh. Beifall rechts und im Ztr.) Denn Deutschland will nichts als gleiche Lebensrechte und gleiche Freiheit. Zu diesem Geist des Freiheitswillens allerdings will die nationale Regg. das deutsche Volk erziehen. Die Ehre der Nation, die Ehre unserer Armee, das Ideal der Freiheit, sie muessen dem deutschen Volke wieder heilig werden. Das deutsche Volk will mit der Welt in Frieden leben. Die Reichsregg. wird aber gerade deshalb mit allen Mitteln fuer die endgueltige Beseitigung der Trennung der Voelker der Erde in zwei Kategorien eintreten. Die Offenhaltung dieser Wunde fuehrt den einen zum Misstrauen, den anderen zum Hass und damit zu einer allgemeinen Unsicherheit. Die nationale Regg. ist bereit, jeden Volk die Hand zu aufrichtiger Verstaendigung zu reichen, das gewillt ist, die traurige Vergangenheit einmal grundsaetzlich abzuschliessen. Die Not der Welt kann nur vergehen, wenn durch politische stabile Verhaeltnisse die Grundlage geschaffen wird und wenn die Voelker untereinander wieder Vertrauen gewinnen. Zur B e h e b u n g der W i r t s c h a f t s k a - t a s t r o p h e ist notwendig: 1. eine unbedingt autoritaere Fuehrung im Innern zur Herstellung des Vertrauens in die Stabilitaet der Verhaeltnisse, 2. eine Sicherstellung des Friedens durch die grossen Nationen auf lange Sicht zur Wiederherstellung des Vertrauens der Voelker untereinander, 3. der endgueltige Sieg der Grundsaetze der Vernunft in der Organisation und Fuehrung der Wirtschaft sowie eine allgemeine Entlastung von Reparationen und unmoeglichen Schuld- und Zinsverpflichtungen. Leider stehen wir vor der Tatsache,

H0728-0074

daß die G e n f e r Konferenz trotz langer Verhandlungen bisher kein praktisches Ergebnis erzielt hat. Die Entscheidung übe die Herbeiführung einer wirklichen Abrüstungsmaßnahme ist immer wieder durch das Aufwerfen technischer Einzelfragen und durch das Hineinziehen von Problemen, die mit der Abrüstung nichts zu tun haben, verzögert worden. Dieses Verfahren ist untauglich. Der rechtswidrige Zustand der einseitigen Abrüstung und der daraus resultierenden nationalen Unsicherheit Deutschlands kann nicht länger dauern. Als ein Zeichen der Verantwortung und des guten Willens erkennen wir es an, daß die brit.Regg. durch ihren Abrüstungsvorschlag den Versuch gemacht hat, die Konferenz endlich zu schnellen Entscheidungen zu bringen. Die Reichsregg. wird jede Bemühung unterstützen, die darauf gerichtet ist, die allgemeine Abrüstung wirksam durchzuführen und den längst fälligen Anspruch Deutschlands auf Abrüstung sicherzustellen. Seit vierzehn Jahren sind wir abgerüstet, und seit vierzehn Monaten warten wir auf das Ergebnis der Abrüstungskonferenz. Umfassender noch ist der Plan des Chefs der italienischen Regg., der großzügig und weitblickend versucht, der gesamteuropäischen Politik eine ruhige und folgerichtige Entwicklung zu sichern. Wir messen diesem Plan ernsteste Bedeutung bei, wir sind bereit, auf seiner Grundlage in voller Aufrichtigkeit mitzuarbeiten, um die vier großen Mächte, England, Frankreich, Italien und Deutschland, zu einer friedlichen Zusammenarbeit zusammenzuschließen, die mutig und entschlossen an die Aufgaben herangeht, von deren Lösung das Schicksal Europas abhängt. Aus diesem Anlaß empfingen wir besonders dankbar die verständnisvolle Herzlichkeit, mit der in Italien die nationale Erhebung Deutschlands begrüßt worden ist. Wir wünschen und hoffen, daß die Gleichheit der geistigen Ideale die Grundlage für eine stetige Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern sein wird. Ebenso legt die Reichsregg., die im Christentum die unerschütterlichen Fundamente der Moral und Sittlichkeit des Volkes sieht, größten Wert auf freundschaftliche Beziehungen zum H e i l i g e n S t u h l und sucht sie auszugestalten. Gegenüber unserem Brudervolk in Ö s t e r r e i c h empfinden wir das Gefühl der Anteilnahme an seinen Sorgen und Nöten. Die Reichsregg. ist sich in ihrem Tun und Handeln der Verbundenheit des Schicksals aller deutschen Stämme

H0728-0075

bewusst. Die Einstellung zu den uebrigen einzelnen fremden Maechten ergibt sich aus dem bereits Erwaehnten. Aber auch da, wo die gegenseitigen Beziehungen schon mit Schwierigkeiten behaftet sind, werden wir uns um einen Ausgleich bemuehen. Allerdings kann die Grundlage einer Verständigung niemals die Unterscheidung in Dieger und Besiegte sein. Wir sind aber der Ueberzeugung, dass ein solcher Ausgleich in unserem Verhältnis zu F r a n k r e i c h möglich ist, wenn die Regg.en die sie betreffenden Probleme beiderseits wirklich weitschauend in Angriff nehmen. Gegenüber der S o w j e t u n i o n ist die Reichsregg. gewillt, freundschaftliche für beide Teile nutzbringende Beziehungen zu pflegen. Gerade die Regg. der nationalen Revolution sieht sich zu einer solchen positiven Politik gegenüber Sowjetrussland in der Lage. Der Kampf gegen den Kommunismus in Deutschland ist unsere innere Angelegenheit (sehr richtig!rechts), in den wir Einmischungen von aussen niemals dulden werden. (Stürm. Beifall rechts.) Die staatspolitischen Beziehungen zu anderen Mächten, mit denen uns gemeinsame Interessen verbinden, werden davon nicht berührt. Unser Verhältnis zu den übrigen Ländern verdient auch in Zukunft unsere ernsteste Aufmerksamkeit, insbesondere unser Verhältnis zu den grossen überseeischen Staaten, mit denen Deutschland seit langem freundschaftliche Bande und wirtschaftliche Interessen verbunden haben. Besonders am Herzen liegt uns das Schicksal der ausserhalb der Reichsgrenzen lebenden Deutschen, die durch Sprache, Kultur und Sitte mit uns verbunden sind und um diese Güter schwer kämpfen. Die nationale Regg. ist entschlossen, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die deutschen Minderheiten international garantierten Rechte einzutreten. Wir begrüssen den Plan der W e l t w i r t s c h a f t s k o n f e r e n z und sind mit ihrem baldigen Zusammentritt einverstanden. Die Reichsregg. ist bereit, an dieser Konferenz mitzuarbeiten, um endlich positive Ergebnisse zu erlangen.

H0728-0076

Die wichtigste Frage ist das Problem unserer privaten kurz- und langfristigen äusseren Verschuldung. Die völlige Veränderung der Verhältnisse auf den Warenmärkten der Welt erfordert eine Anpassung. Nur aus einer vertrauensvollen Zusammenarbeit kann eine wirkliche Belebung der allgemeinen Sorgen erwachsen. Zehn Jahre eines aufrichtigen Friedens werden für die Wohlfahrt aller Nationen nützlicher sein, als ein 3o Jahre langes Verrennen in die Begriffe vom Sieger und Besiegten.

H0728-0077

v.Papen - Dok.101

H0728-0078

Associazione della
Stampa Estera in Intalia
Sezione di Milano
- - -
Milano
Palazzo delle Poste
Telefono 88-510

Corrispondenza Privata del Soci

29.Mai 1946.

Sehr geehrter Herr Dr. Dix!

Ein vor längerer Zeit nach Nürnberg gerichtetes Schreiben ist von dort an mich zurückgelangt. Das Sekretariat des "Kriegsverbrecherprozesses" hat die Annahme verweigert, da der Brief in der Schweiz nicht richtig frei gemacht worden ist. Ich schreibe nun an Sie direkt, wobei ich auf Grund der Zeitungsberichte eher der Meinung bin, daß meine Stellungnahme für Herrn Dr. SCHACHT kaum noch nötig sein wird.

Da ich den Namen des Verteidigers von Herrn v.Papen nicht kenne, wäre ich Ihnen dankbar, wollten Sie die zweite Erklärung diesem übergeben, mit gleichzeitigen herzlichen Grüßen an Herrn v.Papen.

Ich möchte hier noch zweierlei erwähnen:
Es ist möglich, daß sich Herr Dr. Schacht meiner garnicht oder nur flüchtig erinnert. Er kam damals zum Besuch der Ungarn - Nationalbank-Präsident Béla Imrédy - nach Budapest, und nicht, um mit Deutschen zu konversieren.
Meine Erklärungen im Fall der Herren Dr. Schacht und v.Papen beinhalten keineswegs die Anerkennung der Rechtmäßigkeit des Verfahrens. Ich bin vielmehr der Ansicht, daß es Sache des deutschen Volkes wäre, Jene vor Gericht zu stellen, die seinen Untergang verschuldeten. Daß hierzu Männer wie Dr. Schacht, v. Papen, Baron Neurath usw. nicht gehören, ist ja nicht nur meine persönliche Ansicht.
Ich bin s.Z. von den politischen Instanzen des Dritten Reiches wegen unerwünschter politischer Betätigung verhaftet und gemaßregelt worden: Streichung von der Liste der Schriftleiter. Beim Zusammenbruch in Haft, sah ich meiner Verurteilung wegen Geheimbündelei entgegen.
Nehmen Sie, sehr geehrter Herr Rechtsanwalt, die Versicherung meiner größten Hochachtung entgegen!

gez. Unterschrift
(Dr.W.Rademacher von Unna)

H0728-0079

 v.Papen Dok.102.

Eidesstattliche Versicherung
des W.Rademacher von Unna.

Während der Amtstätigkeit [illegible]rn Reichskanzler a.D. Franz v. PAPEN als Sonderbotschafter des Deutschen Reiches in Wien übte ich den Beruf eines Auslandskorrespondenten in Ungarn und Österreich aus. In Wien lebte und arbeitete ich lange vor der "Machtübernahme".

Abgesehen von meinen genauen Kenntnissen der politischen Vorgänge in und rund um Österreich verbanden mich mit Herrn v. Papen Beziehungen, die überdas streng Berufsmäßige hinausgingen. Ebenso wie der Botschafter wußte, daß meine Einstellung zum Nationalsozialismus negativ war, so machte auch er aus seinen Gefühlen über die Entwicklung im Dritten Reich - namentlich hinsichtlich dessen Politik gegenüber der österreichischen Bundesrepublik - kaum ein Hehl.

Es ist absurd behaupten zu wollen, Herr v.Papen sei an der Unterminierung und schliesslichen Vernichtung der staatlichen Selbständigkeit Österreichs Schuld oder hervorragend beteiligt. Ob Hitler Herrn v.Papen nach Wien schickte, damit er sich dort diplomatisch und politisch verbrauche, oder um dank dieser Persönlichkeit der österreichischen Bundesregierung bezüglich seiner eigenen dunklen Absichten Sand in die Augen zu streuen: Das wage ich nicht zu entscheiden; gewiss ist aber daß Herr v.Papen an den Vorgängen keine schuldhafte Verantwortung trifft, die zur Auslöschung Österreichs führten.

In Wahrheit wurde Herr v.Papen seitens der illegalen österreichischen Nationalsozialisten und ihrer im Lande mitwirkenden reichsdeutschen Parteigenossen beschuldigt, ihre Pläne zu durchkreuzen, den "Anschluß" in der von ihnen gewünschten Form nicht zu unterstützen, dagegen gute und freundschaftliche Beziehungen zur österreichischen Bundesregierung zu suchen. Es bestanden verschiedene Pläne, Herrn v.Papen auszubooten; zu diesem Zweck wurden über ihn übelwollende, teils allerdings richtig gesehene "Berichte" nach Berlin geliefert, an denen sich auch der deutschen Gesandtschaft nahestehende Persönlichkeiten beteiligten. Ich nenne in diesem Zusammenhang den DNV-Vertreter v. RITTGEN, der Herrn v.Papen als schädlich für die nationalsozialistischen Ziele in Österreich bezeichnete.

Der Hermann GÖRING nahestehende Staatsrat und höhere SS-Führer Dr. Harald TURNER hat mir damals gelegentlich einer Deutschlandreise etwa gleichlautende Bedenken über die Tätigkeit v. Papen's in Österreich geäußert.

Herr v.Papen, der weitgehend, wenn nicht überhaupt ganz von dem ausgeschlossen war, was sich zwischen amtlichen Berliner und illegalen, aber maßgebenden Wiener Stellen abspielte, hat sich mir gegenüber dahin geäußert, daß "Berlin" ihn gegenüber der österreichischen Bundesregierung zum Lügner und Heuchler oder zum Hanswurst stempeln wolle. Er werde sich aber von niemandem abbringen lassen, seine Mission so durchzuführen, wie er selbst sie auffasse: Vermittler und Friedensstifter zu sein. Und deshalb werde er jedem die Türe weisen, der ihn in Österreich zu dunklen Zwecken mißbrauchen wolle.

In diesem Zusammenhang verdient noch erwähnt zu werden, daß ein österreichisches Regierungsmitglied - ein Staatssekretär, dessen Namen ich vergass - bemüht war, persönlichen, aber geheimen Kontakt mit dem deutschen Sonderbotschafter zu finden, um "ihm seine Dienste für die deutsche Sache anzubieten". Herr v.Papen schlug dieses Ansinnen aus mit der Begründung, daß er ablehne, sich an Konspirationen zu beteiligen, die gegen die amtliche Politik des Ballhausplatzes gerichtet sei. Er habe bisher versucht, offen und loyal mit der Bundesregierung zusammenzuarbeiten, und einen anderen Weg werde er für seine Person nicht beschreiten.

Vorstehende Erklärung erfolgt an Eides statt.

Mailand, den 29.Mai 1946.

Associazione delle Stampa Estera
Palazzo delle Poste, Milano.

gez. Unterschrift
/ W.Rademacher von Unna /

H0728-0080

Fragebogen
Fritz Günther von TSCHIRSCHKY

In the City of London, England, on this thirteenth day of June One thousand nine hundred and forty-six, before me the undersigned FELIX WILLIAM GRAIN, Notary Public thereof, duly admitted and sworn, practising in the said City, and also a Commissioner to Administer Oaths in the Supreme Court of Judicature in England, personally came and appeared FRITZ GÜNTHER VON TSCHIRSCHKY, of No. 8 Castletown Road, West Kensington, London, who understands and is conversant with the English language and to whom are addressed the 27 Interrogatories in the German language here unto annexed, marked "F.W.G.1"; thereupon the said Fritz Günther von Tschirschky having been by me first duly sworn in due form of law, to testify the truth, the whole truth and nothing but the truth, made oath and said that the Answers made by him to each of the said Interrogatories as set out in the document in the German language also hereunto annexed, marked "F.W.G.2", are true and correct.
Whereof an act being required I, the said Notary, have prepared these presents which I sign and seal on the day, month and year last above written, to serve and avail when and where need may require, and the said Fritz Günther von Tschirschky has signed at foot of the said Interrogatories and Answers in my presence.

(signed) Unterschirft
Notary Public,
LONDON.
A Commissioner for Oaths.

F.G.von Tschirschky,
33,Cliveden Place,
L o n d o n SW 1.

London, den 7.Juni 1946.

An den
Herrn Generalsekretär des
International Military Tribunal,
N u e r e n b e r g

"F.W.G.2."

In Beantwortung des mir zugeschickten Fragebogens des Defense Counsel of the Defendant von Papen, Dr. Kubuschok, sage ich folgendes aus:

H0728-0081

Frage 1.
Ich war vom 1.April 33 bis zum 31.Dezember 1934 Herrn von Papens Adjutant, Begleiter und Mitarbeiter und habe ihn während dieser Zeit auf fast allen Reisen begleitet.
Ich kann nur in soweit ein Urteil über die politische Auffassung des Angeklagten abgeben, sowie in das in seinen Reden niedergelegte politische Bekenntnis, als es mir erkennbar wurde.
Über sein Verhältnis zur NSDAP kann ich aussagen, daß von Papen in der Zeit während ich mit ihm zusammen gearbeitet habein jeder Beziehung ein negatives und ablehnendes ja feindliches Verhältnis zeigte.

Frage 2.
Der Angeklagte war in keiner Beziehung ein Nationalsozialist. Er hat stets versucht, in seinen Reden und in seinen Handlungen nachzuweisen, daß die Grundideen des Nationalsozialismus falsch sind.
Er hat also nicht nur nicht die Ideen vertreten, sondern sogar bekämpft, wo immer sich Gelegenheit bot.
Die gesamte Familie, Frau von Papen, der Sohn Franzi und alle Töchter waren nicht nur nicht ablehnend dem Nationalsozialismus gegenüber, sondern direkt feindlich eingestellt.

Frage 3.
Die Sicherungen, die am 30.1.33 eingebaut waren, sind auf keinen Fall als Täuschung des deutschen Volkes und der Welt berechnet gewesen. Sie waren sicherlich bestimmt zu verhindern, daß Hitler und die NSDAP ihre Politik zur Durchführung brachten.

Frage 4.
Mir ist bekannt, daß von Papen sich bemüht hat, einen starken konservativen Block als Gegengewicht gegen die NSDAP zu schaffen.

Frage 5.
Es ist mir bekannt, daß Hitler von seinem verfassungsmäßigen Recht als Reichskanzler die Richtlinien der Politik zu bestimmen, in vollstem Umfange Gebrauch machte. Die Widerstände der konservativen Minister waren meist erfolglos, da sie nie kraftvoll genug und geschlossen genug vertreten wurden.

H07 28-0082

Frage 6.
Es ist mir bekannt, daß der gemeinsame Vortrag bei Hindenburg aufgegeben wurde, da Hitler es als ein Mißtrauen empfunden hat. Intrigen aus der Umgebung von Hindenburg gegen Herrn von Papen begünstigten die Umstände für Hitler eine solche Stellung einzunehmen.

Frage 7.
Es ist unbedingt zu bejahen, daß von Papen der Gesetzgebung des ersten Jahres der Regierung Hitler in vielen Punkten starken Widerstand entgegensetzte. Der Versuch, bei dem Ermächtigungsgesetz alle vom Kabinett entschiedenen Gesetze nur durch die Unterschrift des Reichspräsidenten legalisieren zu lassen, scheiterte wiederum an dem Widerstand der Umgebung Hindenburgs in erster Linie durch den Staatssekretär Meissner, der stets eine dunkle Rolle gespielt hat.

Frage 8.
Es stimmt, daß von Papen gegen die Eingliederung des "Stahlhelm" in die SA stärksten Widerspruch bei Hitler und Seldte erhoben hat.
Es stimmt, daß von Papen nicht nur gegen die von Goebbels sondern von welcher Parteiorganisation auch immer organisierten Einzelaktionen, gegen wen auch immer, im Besonderen aber gegen jüdische Staatsbürger und Warenhäuser schärfsten Einspruch erhoben hat. Es stimmt, daß es ihm gelungen war, Hitler zu der Erklärung zu veranlassen, daß die Revolution abgeschlossen sei und weitere Einzelaktionen der Partei als Sabotage betrachtet werden müßten.

Frage 9.
Die Vizekanzlei, die im April 1933 neu aufgestellt wurde, setzte sich außer unpolitischen Beamten aus konservativ eingestellten Mitarbeitern zusammen. In diesem Ministerium waren keine Mitarbeiter, die sich öffentlich zum Nationalsozialismus bekannten. Der Mitarbeiterkries innerhalb und außerhalb des Ministeriums waren Menschen, die dem Nationalsozialismus ablehnend, wenn nicht sogar feindlich gegenüber eingestellt waren.

Frage 10.
Es steht außer Zweifel, daß von Papen und seine Mitarbeiter daran arbeiteten, die christliche Kirche in Deutschland zu

H0728-0083

schützen. Die christentumfeindliche Einstellung des größten Teils der Nationalsozialisten war zu genügend bekannt. Von Papen glaubte, durch den Abschluß des Konkordats Hitler und die NSDAP unter so starke vertragliche Bindungen zu bringen, daß der kirchenfeindlichen Einstellung ein Riegel vorgeschoben würde.

Frage 11.
Ich halte es nicht für möglich, daß von Papen an der späteren Verletzung des Konkordats selbst teilgenommen hat, oder daß er gar seine religiöse Überzeugung zu einem politischen Betrug benutzt hat.

Frage 12.
Ich weiß, daß der Angeklagte von Papen aus eigener Überzugung und auf Drängen seiner Mitarbeiter die Flucht in die Öffentlichkeit genommen hat und seine Mitarbeiter die Vorbereitung für die Möglichkeit, seine Marburger Rede weitestgehend zu verbreiten, gegeben hat. Der Schritt war beabsichtigt und in jeder Beziehung im Voraus berechnet, Hitler zum Einhalten seiner dem deutschen Volk gemachten Versprechungen, und zum Einhalten der Voraussetzungen, unter denen der Angeklagte von Papen am 30.Januar 1933 der Regierungsbildung zugestimmt hatte, zu zwingen.

Frage 13.
Es ist richtig, daß von Papen, als die Veröffentlichung der Marburger Rede durch Goebbels verboten wurde, dem Reichskanzler Hitler sofort seine Demission eingereicht hat. Hitler bestand darauf, daß von Papen diese Demission nicht bekannt geben dürfe. Es wurden sogar Drohungen ausgesprochen, falls von Papen der Öffentlichkeit doch seine Demission bekannt geben würde.

Frage 14.
Mir ist nicht bekannt, daß von Papen Gedanken geäußert hat, die dahin zielten, daß die Regierung Hitler die außenpolitischen Ziele durch Krieg und Aggression lösen müsse. Solche Gedankengänge wären im Jahre 1933 und 1934 absurd gewesen.

H0728-0084

Frage 15.
Im Jahre 1933 und 34 konnte für "Vorbereitungen für einen Krieg" und "Planung und Vorbereitung von Angriffskriegen" keine Rede sein.

Frage 16.
Es ist mir bekannt, daß von Papen zwar widerwillig dem Austritt aus der Abrüstungskonferenz zustimmte, daß er den Rücktritt Deutschlands aus dem Völkerbund auf jeden Fall verhindern wollte.

Frage 17.
Es ist zutreffend, daß von Papen gemeinsam mit Hitler in Essen in einer Versammlung aufgetreten ist.

Frage 18.
Es stimmt, daß der Angeklagte unmittelbar nach Aufhebung seiner mehrtägigen Haft, die im Zusammenhang mit den Ereignissen des 30.Juni 1934 gegen ihn verhängt worden war, sich sofort in die Reichskanzlei begeben hat, und seine sofortige Demission gefordert hat. Hitler hat sich wiederum unter Drohungen geweigert, die Demission zu veröffentlichen. Es stimmt, daß von Papen, nach dem 30.Juni 1934, nicht mehr in seiner Eigenschaft als Vizekanzler an Kabinettssitzungen teilgenommen hat.
Es stimmt, daß er sich nach Warmbrunn in Schlesien begeben hat.
Es stimmt, daß er von Ketteler beauftragt hat, mit Reichspräsident von Hindenburg Fühlung zu nehmen; daß von Ketteler nicht empfangen worden ist.
Es stimmt auch, daß Herrn von Papen selbst auf mehrfache Anfrage immer wieder erwidert wurde, von Hindenburg könne ihn nicht empfangen, da er zu krank sei. Es ist mir aber auch bekannt, daß diese Behauptung nur aus der Umgebung des Reichspräsidenten kam, da man verhindern wollte, daß Hindenburg die richtige Darstellung der Ereignisse vom 30.Juni erhielt. Der Reichspräsident selbst hat öfters gefragt, warum von Papen ihn nicht aufsuchen kommt.

Frage 19, 20, 21, 22 und 23 können in einem beantwortet werden.
Es stimmt, daß von Papen stets bemüht gewesen ist Hitler immer wieder nahe zu legen, die Terrorpolitik der Nazis in

H0728-0085

Österreich nicht zu unterstützen. Es stimmt, daß von Papen den Posten eines Botschafters in besonderer Mission in Wien nur deshalb angenommen hat, weil er hoffte, die Wahnsinnspolitik Hitlers und der NSDAP in Österreich zu verhindern. Es stimmt, daß von Papen die Annahme des Wiener Auftrages von der Bedingung abhängig machte, daß Hitler sich verpflichtete, der Partei jede Einmischung in österreichische Angelegenheiten zu untersagen, den Gauleiter Habicht sofort abzuberufen, und von jeder aggressiven Handlung abzusehen. Es stimmt, daß diese und noch andere Bedingungen nach kangen Kämpfen von Hitler angenommen und sodann schriftlich fixiert wurden.

Frage 24.
Es ist richtig, daß von Papen nur bereit war, eine befristete Mission bis zur Herstellung normaler und freundschaftlicher Beziehungen zu Österreich zu übernehmen.

Frage 25.
Ich kann bezeugen, daß von Papen bis zum Zeitpunkt meines Weggangeg von Wien bestrebt war, die in Bayreuth festgelegte Politik gegenüber Österreich zu vertreten.

Frage 26.
Ich kann keine Aussage machen über Äußerungen von Papen's zum USA-Gesandten Messersmith. Von Papen hat niemals mit mir über die in Frage 26 gestellten behaupteten Ziele seiner Politik in Südosteuropa gesprochen. Mir ist nicht bekannt, daß von Papen jemals Aufträge hatte, die über seine Österreichische Mission hinausgingen.

Frage 27.
Ich glaube aussagen zu können, daß gemäß meiner Kenntnis der Auffassung des Herrn von Papen in Bezug auf das österreichische Problem, Herr von Papen nicht bereit gewesen wäre, einen Anschluß anzustreben, der im Wege der Gewalt durchgeführt werden sollte.

Diese meine Aussagen habe ich gemacht mit bestem Wissen und Gewissen.

gez. Fritz Günther von Tschirschky

H0728-0086

Fragebogen Fritz-Günther von TSCHIRSCHKY.

Frage 1:
Waren Sie während der Zeit, als der Angeklagte von PAPEN Vizekanzler war, und später in Wien von 1933 bis Mitte 1935 sein persönlicher Adjutant, Begleiter und Mitarbeiter, und haben Sie ihn während dieser Zeit auf fast allen seinen Reisen begleitet?
Können Sie daher ein kompetentes Urteil abgeben über die gesamte politische Auffassung des Angeklagten, sowie über das in seinen Reden niedergelegte politische Bekenntnis und über sein Verhältnis zur NSDAP?

Antwort:
Ich war vom 1.April 33 bis zum 31.Dezember 1934 Herrn von Papen's Adjutant, Begleiter und Mitarbeiter und habe ihn während dieser Zeit auf fast allen Reisen begleitet.
Ich kann nur in soweit ein Urteil über die politische Auffassung des Angeklagten abgeben, sowie in das in seinen Reden niedergelegte politische Bekenntnis als es mir erkennbar wurde.
Über sein Verhältnis zur NSDAP kann ich aussagen, daß v.Papen in der Zeit während ich mit ihm zusammen gearbeitet habe in jeder Beziehung ein negatives und ablehnendes, ja feindliches Verhältnis zeigte.

Frage 2:
War der Angeklagte ein Nationalsozialist, d.h.hat er in seinen Reden und Handlungen die Grundideen des Nationalsozialismus vertreten?
Wie war die Stellung der Ihnen wohlbekannten Familie des Angeklagten - seiner Frau und Kinder - zum Nationalsozialismus?

Antwort:
Der Angeklagte war in keiner Beziehung ein Nationalsozialist.
Er hat stets versucht in seinen Reden und in seinen Handlungen nachzuweisen, daß die Grundideen des Nationalsozialismus falsch sind.
Er hat also nicht nur nicht die Ideen vertreten, sondern sogar bekämpft, wo immer sich Gelegenheit bot.
Die gesamte Familie, Frau von Papen, der Sohn Franzi und alle Töchter waren nicht nur nicht ablehnend dem Nationalsozialismus gegenüber, sondern direkt feindlich eingestellt.

H0728-0087

Frage 3:
Waren die Sicherungen, die bei der Regierungsbildung am 30.1. 1933 eingebaut wurden, (nur 3 Nazi-Minister und 8 konservative Minister, Papen als Vizekanzler und Ministerpräsident in Preußen, gemeinsamer Vortrag mit Hitler bei Hindenburg, Bildung des konservativen Wahlblocks "Schwarz-Weiß-Rot" u.a.) auf Täuschung des deutschen Volkes und der Welt berechnet - oder waren sie bestimmt, nach menschenmöglicher Voraussicht zu verhindern, daß Hitler eine Politik zur Durchführung brachte, mit der die konservativen Mitglieder der Regierung nicht übereinstimmen konnten?

Antwort:
Die Sicherungen, die am 30.1.33 eingebaut waren, sind auf keinen Fall als Täuschung des deutschen Volkes und der Welt berechnet gewesen. Sie waren sicherlich bestimmt zu verhindern, daß Hitler und die NSDAP ihre Politik zur Durchführung brachten.

Frage 4:
Ist Ihnen bekannt, daß der Angeklagte von Papen sich bemühte, für die entscheidende Reichstagswahl vom 5.März 1933 einen starken konservativen Block als Gegengewicht gegen die NSDAP zu schaffen, daß er dieserhalb mit den Rechtsparteien und dem Stahlhelm auf Aufstellung eines gemeinsamen Programms und neuer junger Abgeordneter verhandelte, daß diese Verhandlungen aber zum Teil an der Unbeweglichkeit und dem Beharrungsvermögen der alten Parteien scheiterten?

Antwort:
Mir ist bekannt, daß von Papen sich bemüht hat, einen starken konservativen Block als Gegengewicht gegen die NSDAP zu schaffen.

Frage 5:
Ist es richtig, daß Hitler von seinem verfassungsmäßigen Recht, als Reichskanzler die Richtlinien der Politik zu bestimmen, im vollsten Umfange Gebrauch machte, und die Widerstände der konservativen Minister daher wenig erfolgreich blieben?

Antwort:
Es ist mir bekannt, daß Hitler von seinem verfassungsmäßigen Recht als Reichskanzler die Richtlinien der Politik zu bestimmen in vollstem Umfange Gebrauch machte. Die Widerstände der konservativen Minister waren meist erfolglos, da sie nie kraftvoll genug und geschlossen genug vertreten wurden.

H0728-0088

Frage 6:
Ist es zutreffend, daß der gemeinsame Vortrag mit Hitler beim Reichspräsidenten alsbald aufgegeben wurde, weil Hitler Hindenburg klargemacht hatte, daß er die Anwesenheit des Angeklagten von Papen als Mißtrauensvotum empfinden müsse?

Antwort:
Es ist mir bekannt, daß der gemeinsame Vortrag bei Hindenburg aufgegoben wurde, da Hitler es als ein Mißtrauen empfunden hat. Intrigen aus der Umgebung von Hindenburg gegen Herrn von Papen begünstigten die Umstände für Hitler, eine solche Stellung einzunehmen.

Frage 7
Ist es richtig, daß der Angeklagte von Papen der Gesetzgebung, die dann folgte, in vielen Punkten starken Widerstand entgegensetzte, daß er z.B. bei dem Ermächtigungsgesetz es als dringend notwendig betrachtete, alle vom Cabinett entschiedenen Gesetze nur durch die Unterschrift des Reichspräsidenten legalisieren zu lassen, daß aber Staatssekretär Meissner und andere Hindenburg bestimmten, diesem Wunsch des Angeklagten von Papen nicht stattzugeben, damit der Reichspräsident nicht mit der Verantwortung für alle solchen Gesetze belastet werde?

Antwort:
Es ist unbedingt zu bejahen, daß von Papen der Gesetzgebung des ersten Jahres der Regierung Hitler in vielen Punkten starken Widerstand entgegensetzte. Der Versuch, bei dem Ermächtigungsgesetz alle vom Kabinett entschiedenen Gesetze nur durch die Unterschrift des Reichspräsidenten legalisieren zu lassen, scheiterte wiederum an dem Widerstand der Umgebung Hindenburgs in erster Linie durch den Staatssekretär Meissner, der stets eine dunkle Rolle gespielt hat.

Frage 8:
Hat der Angeklagte von Papen gegen die Eingliederung des "Stahlhelm" in die SA stärksten Widerspruch bei Hitler und Seldte erhoben?
Hat er gegen die von Goebbels organisierten Einzelaktionen der Partei gegen jüdische Staatsbürger und Warenhäuser schärfsten Einspruch erhoben und Hitler zu der Erklärung veranlaßt, die Revolution sei abgeschlossen, und weitere Einzelaktionen der Partei würden als Sabotage seiner Regierung betrachtet werden müssen?

H0728-0089

Antwort:
Es stimmt, daß von Papen gegen die Eingliederung des „Stahlhelm" in die SA stärksten Widerspruch bei Hitler und Seldte erhoben hat.
Es stimmt, daß von Papen nicht nur gegen die von Goebbels, sondern von welcher Parteiorganisation auch immer organisierten Einzelaktionen, gegen wen auch immer, im besonderen aber gegen jüdische Staatsbürger und Warenhäuser schärfsten Einspruch erhoben hat. Es stimmt, daß es ihm gelungen war, Hitler zu der Erklärung zu veranlassen, daß die Revolution abgeschlossen sei, und weitere Einzelaktionen der Partei als Sabotage betrachtet werden müßten.

Frage 9:
Wie war die Vizekanzlei, die im Februar 1933 neu aufgestellt wurde, zusammengesetzt?
Waren in diesem Ministerium Nationalsozialisten?
Wie war die Einstellung der Mitarbeiter des Angeklagten von Papen?

Antwort:
Die Vizekanzlei, die im April 1933 neu aufgestellt wurde, setzte sich außer unpolitischen Beamten aus konservativ eingestellten Mitarbeitern zusammen. In diesem Ministerium waren keine Mitarbeiter, die sich öffentlich zum Nationalsozialismus bekannten. Der Mitarbeiterkreis innerhalb und außerhalb des Ministeriums waren Menschen, die dem Nationalsozialismus ablehnend, wenn nicht sogar feindlich gegenüber eingestellt waren.

Frage 10:
War es nicht der Gedanke des Angeklagten von Papen, daß vor allem die christliche Kirche in Deutschland geschützt werden müsse gegen Übergriffe der Nazi, deren zum Teil christentumsfeindliche Einstellung bekannt war, und hat er aus diesem Grunde Hitler den Abschluß des Konkordats vorgeschlagen?

Antwort:
Es steht außer Zweifel, daß von Papen und seine Mitarbeiter daran arbeiteten, die christliche Kirche in Deutschland zu schützen. Die christentumfeindliche Einstellung des größten Teils der Nationalsozialisten war zu genüge bekannt. Von Papen glaubte, durch den Abschluß des Konkordats Hitler und die NSDAP unter so starke vertragliche Bindungen zu bringen,

H0728-0090

daß der kirchenfeindlichen Einstellung ein Riegel vorgeschoben würde.

Frage 11:
Sie kennen die Einstellung des Angeklagten von Papen und seiner Familie zu den religiösen Fragen und Sie haben ihn zum Abschluß des Konkordats nach Rom begleitet. Halten Sie es für möglich, daß er - wie die Anklage behauptet - an der späteren Verletzung des Konkordats durch die Regierung Hitler selbst teilgenommen habe, und daß er gar seine religiöse Überzeugung zu einem politischen Betrug herabgewürdigt habe?

Antwort:
Ich halte es nicht für möglich, daß von Papen an der späteren Verletzung des Konkordats selbst teilgenommen hat oder daß er gar seine religiöse Überzeugung zu einem politischen Betrug benutzt hat.

Frage 12:
Hat der Angeklagte von Papen die Flucht in die Öffentlichkeit mit der Marburger Rede als einen letzten Schritt betrachtet, Hitler zum Einhalten seiner dem Deutschen Volk gemachten Versprechen und zum Einhalten der Voraussetzungen, unter denen der Angeklagte von Papen am 30.Januar 1933 der Regierungsbildung zugestimmt hatte, zu zwingen?

Antwort:
Ich weiß, daß der Angeklagte von Papen aus eigener Überzeugung und auf Drängen seiner Mitarbeiter die Flucht in die Öffentlichkeit genommen hat und seine Mitarbeiter die Vorbereitung für die Möglichkeit, seine Marburger Rede weitestgehend zu verbreiten, gegeben hat. Der Schritt war beabsichtigt und in jeder Beziehung im Voraus berechnet, Hitler zum Einhalten seiner dem deutschen Volk gemachten Versprechungen und zum Einhalten der Voraussetzungen, unter denen der Angeklagte von Papen am 30.Januar 1933 der Regierungsbildung zugestimmt hatte, zu zwingen.

Frage 13:
Ist es richtig, daß der Angeklagte von Papen, als die Veröffentlichung der Marburger Rede durch Goebbels verboten wurde, nächsten Tags Hitler seine Demission gab? Und daß diese Demission herausgeschoben wurde durch Hitler, weil er angab, den Fall mit Goebbels regeln zu wollen?

H0728-0091

Antwort:
Es ist richtig, daß von Papen, als die Veröffentlichung der Marburger Rede durch Goebbels verboten wurde, dem Reichskanzler Hitler sofort seine Demission eingereicht hat. Hitler bestand darauf, daß von Papen diese Demission nicht bekannt geben dürfe. Es wurden sogar Drohungen ausgesprochen, falls von Papen der Öffentlichkeit doch seine Demission bekannt geben würde.

Frage 14:
Können Sie sagen, ob der Angeklagte von Papen bei seinen Reden oder Privatgesprächen jemals auch nur den Gedanken geäussert hat, die Regierung Hitler müsse die außenpolitischen Ziele Deutschlands (Befreiung von den Diskriminationen des Versailler Vertrages) durch Krieg und Aggression lösen?

Antwort:
Mir ist nicht bekannt, daß von Papen Gedanken geäußert hat, die dahin zielten, daß die Regierung Hitler die außenpolitischen Ziele durch Krieg und Aggression lösen müsse. Solche Gedankengänge wären im Jahre 1933 und 1934 absurd gewesen.

Frage 15:
Was sagen Sie zu der Anklage, daß der Angeklagte von Papen "Vorbereitungen für einen Krieg" getroffen, daß er an der "Planung und Vorbereitung von Angriffskriegen" teilgenommen habe?

Antwort:
Im Jahre 1933 und 34 konnte für "Vorbereitungen für einen Krieg und "Planung und Vorbereitung von Angriffskriegen" keine Rede sein.

Frage 16:
Ist Ihnen bekannt, daß der Angeklagte von Papen zwar dem Austritt aus der Abrüstungskonferenz zustimmte, nicht aber dem Rücktritt Deutschlands aus dem Völkerbund? Daß er Hitler nach München nachreiste, um ihn davon abzuhalten?

Antwort:
Es ist mir bekannt, daß von Papen zwar widerwillig dem Austritt aus der Abrüstungskonferenz zustimmte, daß er den Rücktritt Deutschlands aus dem Völkerbund auf jeden Fall verhindern wollte.

H0728-0092

Frage 17:
Ist es zutreffend, daß der Angeklagte von Papen - nachdem die Nation aufgerufen wurde, diesem Austritt in einem Plebiszit zuzustimmen, und nachdem Hitler, Neurath und Hindenburg Erklärungen abgegeben hatten, daß Deutschlands Politik ungeachtet des Austritts aus dem Völkerbund immer friedlich bleiben werde - sich mit Hitler zusammen nach Essen begab, um dort für das Plebiszit einzutreten?

Antwort:
Es ist zutreffend, daß von Papen gemeinsam mit Hitler in Essen in einer Versammlung aufgetreten ist.

Frage 18:
Hat der Angeklagte von Papen unmittelbar nach Aufhebung seiner mehrtägigen Haft, die im Zusammenhang mit den Ereignissen des 30.Juni 1934 gegen ihn verhängt worden war, sich sofort in die Reichskanzlei begeben, und seine sofortige Demission gefordert? Hat Hitler zugestimmt, sich aber geweigert, die Demission sofort zu veröffentlichen? Hat der Angeklagte von Papen seit dem 30. Juni 1934 an keiner Kabinettssitzung und keiner Regierungshandlung mehr teilgenommen?
Hat er sich am 5.Juli 1934 auf Urlaub nach Warmbrunn in Schlesien begeben, wo er bis zum 25.VII.verblieb?
Hat er Herrn von Ketteler beauftragt, mit Hindenburg Fühlung zu nehmen, weil dem Angeklagten von Papen selbst auf mehrfache Anfrage erwidert wurde, Hindenburg könne ihn wegen Krankheit nicht empfangen? Ist auch Ketteler nicht empfangen worden, offenbar weil Hindenburg eine ganz falsche Darstellung der Ereignisse vom 30.VI. gegeben worden war, die zu corrigieren der Angeklagte von Papen aber verhindert werden sollte?

Antwort:
Es stimmt, daß der Angeklagte unmittelbar nach Aufhebung seiner mehrtätigen Haft, die im Zusammenhang mit den Ereignissen des 30.Juni 1934 gegen ihn verhängt worden war, sich sofort in die Reichskanzlei begeben hat und seine sofortige Demission gefordert hat. Hitler hat sich wiederum unter Drohungen geweigert, die Demission zu veröffentlichen. Es stimmt, daß von Papen, nach dem 30.Juni 1934 nicht mehr in seiner Eigenschaft als Vizekanzler an Kabinettssitzungen teilgenommen hat.
Es stimmt, daß er sich nach Warmbrunn in Schlesien begeben hat.
Es stimmt, daß er von Ketteler beauftragt hat, mit Reichspräsident von Hindenburg Fühlung zu nehmen; daß von Ketteler nicht empfangen worden ist.

H0728-0093

Es stimmt auch, daß Herrn von Papen selbst auf mehrfache Anfrage immer wieder erwidert wurde, von Hindenburg könne ihn nicht empfangen, da er zu krank sei. Es ist mir aber auch bekannt, daß diese Behauptung nur aus der Umgebung des Reichspräsidenten kam, da man verhindern wollte, daß Hindenburg die richtige Darstellung der Ereignisse vom 30.Juni erhielt. Der Reichspräsident selbst hat öfters gefragt, warum von Papen ihn nicht aufsuchen kommt.

Frage 19:
Wie war die Haltung des Angeklagten von Papen zu der Bitte Hitler's, die Mission nach Wien zu übernehmen, um die so stark gestörten Beziehungen zu Österreich wieder zu bessern?

Frage 20:
Hatte der Angeklagte von Papen nach den Ereignissen des 30. Juni nicht stärkste Bedenken? War es nicht allein die Überlegung, daß etwas geschehen müsse, um den völligen Bankerott in der Frage zu verhindern, die seit 1866 das Hauptproblem der deutschen Einigungspolitik gewesen war, die den Angeklagten von Papen veranlaßte, alle Bedenken zurückzustellen?

Frage 21:
Hatte nicht der Angeklagte von Papen in den Monaten zuvor Hitler immer wieder nahegelegt, die Terrorpolitik der Nazi in Österreich nicht zu unterstützen? Hatte er nicht auch dringend vor der "1000 Mark-Sperre" gewarnt?

Frage 22:
Hätte der Angeklagte von Papen nicht - wenn es ihm darum zu tun gewesen wäre, einen Posten zu erhalten - das Anfang Juli von Hitler an ihn gerichtete Ersuchen, Botschafter beim Vatikan zu werden, viel eher angenommen?

Frage 23:
Ist es richtig, daß Papen die Annahme des Wiener Auftrages von der Bedingung abhängig machte, daß Hitler sich verpflichtete, der Partei jede Einmischung in österreichische Angelegenheiten zu untersagen, den Gauleiter Habicht sofort abzuberufen, und den Anschluß Österreichs an das Reich einer evolutionären Entwicklung zu überlassen - also von jeder aggressiven Handlung abzusehen?
Sind diese Bedingungen nach langen Kämpfen von Hitler angenommen, und sodann schriftlich fixiert worden?

H0728-0094

Antwort: (Frage 19, 20, 21, 22 und 23 können in einem beantwortet werden.)
Es stimmt, daß von Papen stets bemüht gewesen ist, Hitler immer wieder nahe zu legen, die Terrorpolitik der Nazis in Österreich nicht zu unterstützen. Es stimmt, daß von Papen den Posten eines Botschafters in besonderer Mission in Wien nur deshalb angenommen hat, weil er hoffte, die Wahnsinnspolitik Hitler's und der NSDAP in Österreich zu verhindern. Es stimmt, daß von Papen die Annahme des Wiener Auftrages von der Bedingung abhängig machte, daß Hitler sich verpflichtete, der Partei jede Einmischung in österreichische Angelegenheiten zu untersagen den Gauleiter Habicht sofort abzuberufen, und von jeder aggressiven Handlung abzusehen. Es stimmt, daß diese und noch andere Bedingungen nach langen Kämpfen von Hitler angenommen und sodann schriftlich fixiert wurden.

Frage 24:
Ist es auch richtig, daß der Angeklagte von Papen nur bereit war, eine befristete Mission, d.h. bis zur Herstellung normaler und freundschaftlicher Beziehungen zu Österreich zu übernehmen, und daß erdeshalb den Titel erhielt, "Gesandter in besonderer Mission"?

Antwort:
Es ist richtig, daß von Papen nur bereit war, eine befristete Mission bis zur Herstellung normaler und freundschaftlicher Beziehungen zu Österreich zu übernehmen.

Frage 25:
Können Sie bezeugen, daß der Angeklagte von Papen allezeit bestrebt war, die in Bayreuth festgelegte Politik gegenüber Österreich zu vertreten?

Antwort:
Ich kann bezeugen, daß von Papen bis zum Zeitpunkt meines Weggangesvon Wien bestrebt war, die in Bayreuth festgelegte Politik gegenüber Österreich zu vertreten.

Frage 26:
Der USA-Gesandte Messersmith hat ausgesagt, der Angeklagte von Papen habe ihm bei Messersmith's Antrittsbesuch in der Deutschen Gesandtschaft gesagt, er (Papen) habe den Auftrag, in allen südosteuropäischen Staaten für eine Durchsetzung des deutschen politischen und wirtschaftlichen Einflusses zu sorgen.

H0728-0095

Später habe der Angeklagte von Papen den Ungarn und Serben territoriale Versprechungen gemacht, wenn die Tschechoslovakei aufgeteilt und Österreich angeschlossen würde. Hat der Angeklagte von Papen jemals mit Ihnen oder - nach Ihrer Kenntnis - mit anderen über diese behaupteten Ziele seiner Politik gesprochen? Schließt die von dem Angeklagten von Papen verfolgte Politik und seine politische Auffassung solche Ziele und auch solche Erklärungen aus?
Ist Ihnen bekannt, daß der Angeklagte von Papen jemals Aufträge hatte, die über seine österreichische Mission hinausgingen?
Ist Ihnen bekannt, daß der Angeklagte von Papen sich jemals in die Reichspolitik bezüglich der Tschechoslovakei, Ungarns, Jugoslaviens, Rumäniens oder Bulgariens eingemischt hat?

Antwort:
Ich kann keine Aussage machen über Äußerungen von Papens zum USA-Gesandten Messersmith. Von Papen hat niemals mit mir über die in Frage 26 gestellten behaupteten Ziele seiner Politik in Südosteuropa gesprochen. Mir ist nicht bekannt, daß von Papen jemals Aufträge hatte, die über seine österreichische Mission hinausgingen.

Frage 27:
Ist Ihnen bekannt, daß der Angeklagte von Papen gegenüber der Regierung Schuschnigg stets den Standpunkt vertrat, ein späterer staatlicher Zusammenschluß mit dem Reich auf föderativer Grundlage - etwa wie Bayerns staatsrechtliche Stellung 1871 - werde für beide Teile die beste Lösung sein, weil sie Österreich weitgehende Autonomie sicherstellen werde?
Glauben Sie, daß demgemäß der Angeklagte von Papen jemals bereit gewesen wäre, einen Anschluß anzustreben, der im Wege der Gewalt von Hitler hätte durchgeführt werden sollen?

Antwort:
Ich glaube aussagen zu können, daß gemäß meiner Kenntnis der Auffassung des Herrn von Papen in Bezug auf das österreichische Problem, Herr von Papen nicht bereit gewesen wäre, einen Anschluß anzustreben, der im Wege der Gewalt durchgeführt werden sollte.

gez. Dr. Kubuschok
gez. F.G. von Tschirschky.

H0728-0096

H0728-0097

F R A G E B O G E N

des Erzbischofs Dr. Conrad G R O E B E R

Franzoesische Republik

G M Z F O

Sicherheitskontrolle

No 22 SUR/POL/CAB

"Abschrift"

Betr.: Vernehmung des Zeugen GROEBER Conrad

Sache: VON PAPEN angeklagt wegen Kriegsverbrechen

P r o t o k o l l

Im Jahre eintausendneunhundertsechsundvierzig, am dreiundzwanzigsten Mai, 15 Uhr verhoerten wir, LUDMANN Pierre, Divisionskommissar fuer die Sicherheit des Landes Baden in Freiburg.

Nach Durchsicht des Rechtshilfe-Ersuchens des Internationalen Militaergerichtshofes in Nuernberg vom 9.April 1946 betreffend das Verfahren gegen Herrn von PAPEN, zurzeit in Nuernberg in Haft und wegen Kriegsverbrechen angeklagt,

den Erzbischof GROEBER Conrad, 74 Jahre alt, geboren am 1.April 1872 in Messkirch (Baden), Doktor der Theologie, Erzbischof, wohnhaft in Freiburg im Breisgau, Burgstrasse 2, der, nachdem er geschworen hat, die Wahrheit, nichts als die Wahrhei zu sagen, und mit dem Angeklagten weder

verwandt, verschwaegert zu sein, noch in seinen Diensten zu stehen, folgende Aussage gemacht hat:

1.) Ich bin der festen Ueberzeugung, dass von PAPEN das Konkordat zwischen Deutschland und dem Heiligen Stuhl aus eigener Initiative vorgeschlagen hat. Dies geht aus saemtlichen Verhandlungen hervor, die in Rom ueber diesen Gegenstand stattgefunden haben und bei denen ich zugegen war. Uebrigens wollte von PAPEN sich durch diese Initiative bei der Zentrumspartei rehabilitieren und gleichzeitig der Katholischen Kirche einen grossen Dienst erweisen. Ich vermag jedoch nicht zu versichern, dass von PAPEN vor seiner Reise nach Rom zum Osterfest 1933 mit Hitler nicht ueber seine Absichten gesprochen hat.

2.) Auf die zweite Frage, d.h., ob der Text des Entwurfes des von dem Angeklagten vorgeschlagenen Konkordats von Anfang an die Billigung Hitlers hatte, vermag ich keinerlei Antwort zu gegen.
Ich weiss jedoch, dass von PAPEN von Rom aus einige Male mit Hitler deswegen telephoniert hat, ich weiss aber nicht, welchen Inhalts und Wortlauts die Unterhaltungen waren.

3.) Es bedurfte keiner grossen Anstrengungen, um die Zustimmung Hitlers zu dem Texte des Konkordates zu erhalten, denn die Schwierigkeiten kamen nicht von Hitler, fuer den das Konkordat vom aussenpolitischen Gesichtspunkt aus einen grossen Erfolg darstellte, sondern vom Innenministerium, an dessen Spitze FRICK stand.

Dieses Ministerium hielt eine Nachtsitzung ab und entsandte Ministerialdirektor Dr.BUTTMANN im Flugzeug nach Rom, um dort zusammen mit von PAPEN die Verhandlungen weiterzufuehren.
Der zwischen Kardinal PACELLI, von PAPEN, Praelat KAAS sowie mir selbst entworfene Originaltext erfuhr seitens Dr. BUTTMANNS keine bedeutenden Aenderungen, was uns selbst ueberrascht hat.

H0728-0098

4.) Ich kann bestaetigen, dass die Handlungsweise des Angeklagten von PAPEN waehrend des Abschlusses des Konkordats aus seinem Innern heraus von seiner positiven Einstellung gegenueber der Religion bestimmt war.

5.) Die deutschen Bischoefe haben den Abschluss des Konkordats guenstig aufgenommen.

6.) Das Konkordat ist oft, sogar in wichtigen Punkten, verletzt worden; es war jedoch der Kirche in den spaeteren Religionskaempfen in sehr vielen Faellen eine rechtliche Stuetze verliehen. Die Kirche konnte sich bis zum Ende stets auf das Konkordat berufen.

7.) Die "Arbeitsgemeinschaft Katholischer Deutscher" fiel nicht unter Art. 31 des Konkordats und befand sich folglich nicht unter den durch das Konkordat geschuetzten Organisationen.

8.) Die Auflosung der "Arbeitsgemeinschaft Katholischer Deutscher" kann also nicht als eine Verletzung des Konkordats betrachtet werden.

Vorgelesen,
einverstanden und unterzeichnet

gez.: Dr. GROEBER
Conrad
Erzbischof

Der Divisions
kommissar

gez.: LUDMANN

H0728-0099

Vorstehendes Protokoll wird an obigem Datum dem Internationalen Militaergerichtshof in Nuernberg fuer alle Faelle uebermittelt.

Der Divisionskommissar

gez.: P. LUDMANN

Bestaetigung.

Der Unterzeichnete, H. Dufeldt, bestaetigt, dass er die franzoesische und deutsche Sprache vollkommen beherrscht und dass das vorstehende Schriftstueck eine genaue und wahrheitsgetreue Uebersetzung dieses Protokolls ist.

gez.: H. Dufeldt
Sektion VI.

Nuernberg, den 11. Juli 1946.

H0728-0100

H0728-0101

Zusammenstellung der Fragen und Antworten

des Erzbischofs Dr. GROEBER

Frage 1: Hat der Angeklagte von PAPEN die Konkordats-Verhandlungen zwischen Deutschland und dem Hl. Stuhl aus eigener Initiative angeregt? Hatte die Formulierung des Konkordats-Entwurfs durch den Angeklagten zunaechst nicht die Billigung HITLER's gefunden? Gelang es erst unter groessten Muehen, die Zustimmung HITLER's zu der von ihm fuer ungenuegend erachteten Formulierung - bei geringen Abaenderungen - zu finden?

Antwort: 1.) Ich bin der festen Ueberzeugung, dass von PAPEN das Konkordat zwischen Deutschland und dem Heiligen Stuhl aus eigener Initiative vorgeschlagen hat. Dies geht aus saemtlichen Verhandlungen hervor, die in Rom ueber diesen Gegenstand stattgefunden haben und bei denen ich zugegen war. Uebrigens wollte von PAPEN sich durch diese Initiative bei der Zentrumspartei rehabilitieren und gleichzeitig der Katholischen Kirche einen grossen Dienst erweisen. Ich vermag jedoch nicht zu versichern, dass von PAPEN vor seiner Reise nach Rom zum Osterfest 1933 mit Hitler nicht ueber seine Absichten gesprochen

2.) Auf die zweite Frage, d.h., ob der Text des Entwurfes des von dem Angrklagten vorgeschlagenen Konkordats von Anfang an die Billigung Hitlers hatte, vermag ich keinerlei Antwort zu geben. Ich weiss jedoch, dass von PAPEN von Rom aus einige Male mit Hitler deswegen telephoniert hat, ich weiss aber nicht, welchen Inhalts und Wortlauts die Unterhaltungen waren.

3.) Es bedurfte keiner grossen Anstrengungen, um die Zustimmung Hitlers zu dem Texte des Konkordates zu erhalten, denn die Schwierigkeiten kamen nicht von Hitler, fuer den das Konkordat vom aussenpolitischen Gesichtspunkt aus einen grossen Erfolg darstellte

sondern vom Innenministerium, an dessen Spitze FRICK stand.

Dieses Ministerium hielt eine Nachtsitzung ab und entsandte Ministerialdirektor Dr. BUTTMANN im Flugzeug nach Rom, um dort zusammen mit von PAPEN die Verhandlungen weiterzufuehren.
Der zwischen Kardinal PACELLI, von PAPEN, Praelat KAAS sowie mir selbst entworfene Originaltext erfuhr seitens Dr. BUTTMANNS keine bedeutenden Aenderungen, was uns selbst ueberrascht hat.

Frage 2: War auch die Taetigkeit des Angeklagten bei Abschluss des Konkordats getragen von seiner positiv religioesen Einstellung?

Antwort: Ich kann bestaetigen, dass die Handlungsweise des Angeklagten von PAPEN waehrend des Abschlusses des Konkordats aus seinem Innern heraus von seiner positiven Einstellung gegenueber der Religion bestimmt war.

Frage 3: Hat der Deutsche Episcopat den Abschluss des Konkordats begruesst?

Antwort: Die deutschen Bischoefe haben den Abschluss des Konkordats guenstig aufgenommen.

Frage 4: Hat das Konkordat in den spaeteren religioesen Kaempfen der Kirche einen rechtlichen Rueckhalt geboten?
Hat sich die Kirche bis zuletzt auf das Konkordat berufen koennen?

Antwort: Das Konkordat ist oft, sogar in wichtigen Punkten, verletzt worden; es hat jedoch der Kirche in den spaeteren Religionskaempfen in sehr vielen Faellen eine rechtliche Stuetze verliehen. Die Kirche konnte sich bis zum Ende stets auf das Konkordat berufen.

Frage 5: Fiel die "Arbeitsgemeinschaft katholischer Deutscher" entsprechend ihrem politischen Charakter nicht unter die vom Konkordat geschuetzten katholischen Organisationen?
Kann daher ihre Aufloesung nicht als Verletzung des Konkordats betrachtet werden?

H0728-0102

Antwort: Die"Arbeitsgemeinschaft Katholischer Deutscher" fiel nicht unter Art. 31 des Konkordats und befand sich folglich nicht unter den durch das Konkordat geschuetzten Organisationen.

Die Aufloesung der "Arbeitsgemeinschaft Katholischer Deutscher" kann also nicht als eine Verletzung des Konkordats betrachtet werden.

H0728-0103

H0728-0104

v.Papen Dok. Nr. 105

F R A G E B O G E N

des Erzbischofs R O N C A L L I ,

Paepstlicher Nuntius in Paris .

Amtsvorstand der Untersuchungsbehoerde

"Abschrift"

Am 7. Juni haben wir, DEJEAN DELA BATIE, Amtsvorstand der Untersuchunsbehoerde beim Seine-Gerichtshof, uns in Stattgabe eines Rechtshilfe-Ersuchens des Internationalen Militaergerichtshofes in Nuernberg vom 22. Mai 1946 in das Gebaeude der Nunziatur, 10, Avenue du President Wilson, Paris, begeben, wo wir von S.E. dem Apostolischen Nuntius empfangen würden, dem wir den Gegenstand unseres Auftrages unterbreiteten.

S.E. Hochwuerden Ange Joseph RONCALLI teilte uns mit, dass es ihm auf Grund der kanonischen und diplomatischen Vorschriften nicht moeglich erscheine, uns sofort eine Antwort zu erteilen und dass er uns benachrichtigen werde, sobald er eine Beantwortung der gestellten Fragen fuer moeglich erachte.

Unterzeichnet von S.E. dem Apostolischen Nuntius, von uns und von unserem Gerichtsschreiber.

gez.: Ange Roncalli De La Batie Chatel

"Abschrift"

Amtsvorstand

der Untersuchungsbehoerde

Seine - Amtsgericht.

Am Freitag, den einundzwanzigsten Juni eintausendneunhundertsechsundvierzig,
ist von uns, DEJEAN DELA BATIE, Amtsvorstandder Untersuchungsbehoerde beim Seine-Amtsgericht in Paris, im Gebaeude der Apostolischen Nunziatur, 10 du Avenue du President Wilson, Paris, in Gegenwart des Gerichtsschreibers CHATEL, nachgenannter Zeuge erschienen, den wir ueber den Gegenstand unterrichtet haben, ueber den er in Stattgabe ei Rechtshilfe-Ersuchens des Internationalen Militaergerichtes in Nuernberg vom 22. Mai 1946 zur Aussage aufgefordert ist.

Nachdem der Zeuge geschworen hat, die volle Wahrheit, nichts als die Wahrheit zu sagen und von uns nach Name, Vorname, Alter, Beruf,und Wohnsitz gefragt worden ist, sowie, ob und bis zu welchem Grade er im Dienste der Partei stehe, mit ihr verwandt oder verschwaegert se hat er uns geantwortet und folgende Aussagen gemacht:

"Ich bin RONCALLI, Ange, Joseph, 65 Jahre alt, Apostolischer Nuntius in Paris, mit dem Angeklagten weder verwandt, verschwaegert noch in dessen Diensten."

Antwort auf die erste Frage:

Der Zeuge hat die guten Absichten des Herrn von PAPEN bezueglic der Interessen der Katholischen Kirche in bester Erinnerung. E: h t jedoch keine Kenntnis von den Schritten, die dieser beabsichtigt oder unternommen haben soll, um die Zustimmung der Reichsregierung zur Errichtung einer Apostolischen Vertretung des Heiligen Stuhles in Athen zu erhalten.

H0728-0105

Die Lage letzterer hat in Griechenland keinerlei Aenderung erfahren.

Antwort auf die zweite Frage:

Der Zeuge hat Herrn von PAPEN des oefteren sein Bedauern und seine mit den Bemuehungen der Reichsregierung zur Abschaffung der von geistlichen Orden geleiteten Schulen im Widerspruch stehende Auffassung aussern hoeren. Weiteres vermoege er jedoch nicht auszusagen.

Was die beiden grossen Schulen Saint-Georges in Istanbul anbelangt (Doppelschule), die von den oesterreichischen Lazaristenbruedern und den ebenfalls oesterreichischen Schwestern des Heiligen Vincenz von Paul gefuehrt werden, so ist sicher, dass Herr von PAPEN diese sogar in finanzieller Hinsicht unterstuetzt hat. Tatsaechlich blieben diese so bluehenden Schulen waehrend des Aufenthaltes des Herrn von PAPEN in der Tuerkei geoeffnet.

Antwort auf die dritte Frage:

Der Zeuge hat Herrn von PAPEN waehrend der 4 Jahre 1940-1944 als eine korrekte und in seinen gesellschaftlichen Beziehungen vornehme Persoenlichkeit kennengelernt. Seine, und seiner gesamten Familie vorbildliche Haltung als glaeubige Katholiken, erwarb allgemeine Hochachtung, jenseits jeder Wertung politischer oder diplomatischer Natur.

Vorgelesen, einverstanden
und unterschrieben

gez.: Ange Joseph RONCALLI
Apostolischer Nuntius

DEJEAN DELA BATIE
Amtsvorstand der Richter

CHATEL, Gerichtsschreiber

HO728-0106

Bestaetigung

Der Unterzeichnete, H. Dufeldt, bestaetigt, dass er die franzoesische und deutsche Sprache vollkommen beherrscht, und dass das vorstehende Schriftstueck eine genaue und wahrheitsgetreue Uebersetzung dieses Protokolls ist.

gez.: H. Dufeldt
Sektion VI.

Nuernberg, den 11. Juli 1946

H0728-0107

Zusammenstellung der Fragen und Antworten

des Erzbischofs RONCALLI

Frage 1: Hat der Angeklagte von Papen nach der Besttzung Griechenlands durch die deutschen Truppen auf die Anregung des Zeugen bewirkt, dass die Reichsregierung ihr Einverstaendnis zu der Errichtung einer apostolischen Vertretung des Heiligen Stuhls in Athen erteilte, nachdem seit Jahrzehnten dieser Wunsch des Vatikans unerfuellt geblieben war?

Antwort: Der Zeuge hat die guten Absichten des Herrn von Papen bezueglich der Interessen der Katholischen Kirche in bester Erinnerung. Er hat jedoch keine Kenntnis von den Schritten, die dieser beabsichtigt oder unternommen haben soll, um die Zustimmung der Reichsregierung zur Errichtung einer Apostolischen Vertretung des Heiligen Stuhls in Athen zu erhalten.
Die Lage letzterer hat in Griechenland keinerlei Aenderung erfahren.

Frage 2: Hat der Angeklagte von Papen dem Bestreben der Reichsregierung nach restloser Liquidierung der von Ordensleuten unterhaltenen Schulen aktiven Widerstand entgegengesetzt? Hat er insbesondere die Aufloesung der in Istanbul von den Lazaristen unterhaltenen und von ca. 800 Schuelern besuchten St.Georgs-Schule verhindert und entgegen den Weisungen des Reichsregierung diese Schule dauernd finanziell unterstuetzt?

Antwort: Der Zeuge hat Herrn von Papen des oefteren sein Bedauern und seine mit den Bemuehungen der Reichsregierung zur Abschaffung der von geistlichen Orden geleiteten Schulen im Widerspruch stehende Auffassung aeussern hoeren. Weiteres vermoege er jedoch nicht auszusagen.

H0728-0108

Was die beiden grossen Schulen Saint-Georges in Istanbul anbelangt (Doppelschule), die von den oesterreichischen Lazaristenbruedern und den ebenfalls oesterreichischen Schwestern des Heiligen Vincenz von Paul gefuehrt werden, so ist sicher, dass Herr von Papen diese sogar in finanzieller Hinsicht sehr geschuetzt und unterstuetzt hat. Tatsaechlich blieben diese so bluehenden Schulen waehrend des Aufenthaltes des Herrn von Papen in der Tuerkei geoeffnet.

Frage 3: Ist dem Zeugen der Angeklagte von Papen aus einer gesamten Taetigkeit als Botschafter in Ankara als eine Persoenlichkeit bekannt, die in jeder Weise die kirchlichen Interessen unzweideutig unterstuetzt und gefoerdert hat?

Antwort: Der Zeuge hat Herrn von Papen waehrend der 4 Jahre 1940-1944 als eine korrekte und in seinen gesellschaftlichen Beziehungen vornehme Persoenlichkeit kennengelernt. Seine, und seiner gesamten Familie vorbildliche Haltung als glaeubige Katholiken, erwarb allgemeine Hochachtung, jenseits jeder Wertung politischer oder diplomatischer Natur.

H0728-0109

Fragebogen Jan G A W R O N S K I .

Zeugenaussage von Jan GAWRONSKI, aufgenommen vor mir, Byron B. SNYDER, Vizekonsul der Vereinigten Staaten von Amerika in Rom, Italien, betreffend einen gewissen Prozeß vor dem Internationalen Militär-Gerichtshof in Nürnberg, der sich zwischen Vertretern von einigen der Vereinigten Nationen, Anklägern, und Franz von PAPEN, Angeklagten, abspielt.

- - - - -

Nachdem Jan GAWRONSKI, wohnhaft in Rom, Italien, früher Polnischer Gesandter in Wien, Österreich, 54 Jahre alt, von mir daraufhin geprüft wurde, daß er die englische Sprache versteht und fliessend spricht, und von mir zunächst vorschriftsmäßig vereidigt wurde, sagt er in Beantwortung der folgenden vier Fragen:

1. Frage: Als Sie während Ihrer ganzen Dienstzeit in Wien mit dem Angeklagten von PAPEN in enger beruflicher Fühlung standen, die auf den damals freundschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland basierte, hatten Sie da jemals den Eindruck, daß der Angeklagte eine Expansionspolitik nach dem Südosten hin propagandierte?

Antwort: Wenn unter Expansion Einverleibung durch Gewalt und militärische Maßnahmen zu verstehen ist - Nein.

Wenn Expansion Gewinn wirtschaftlichen und politischen Einflusses bedeutet, - dann Ja, aber auch dann nur, wenn "propagandiert" soviel bedeutet wie seine Ansichten in einer privaten Unterhaltung erläutern, da der Angeklagte - meines Wissens - irgendeine politische Tätigkeit nach dem Südosten hin über den Zweck seines Sonder-Auftrages hinaus niemals entfaltete.

2. Frage: Als Sie während Ihrer ganzen Dienstzeit in Wie mit dem Angeklagten von PAPEN in enger beruflicher Fühlung standen, die auf den damals freundschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland basierte, hatte Sie da jemals den Eindruck, daß seitens des Angeklagten

H0728-0110

H0728-0111

insbesondere von einer Ausdehnung nach der Tschechoslovakei hin die Rede war, und daß infolgedessen Polen Versprechungen in Bezug auf Gebietsabtretungen von der Tschechoslovakei gegeben wurden?

Antwort: Da unsere beiden Regierungen eine schlecht behandelte Minderheit in der Tschechoslovakei besassen, so besprachen wir oft die möglichen Lösungen, aber es war niemals irgendwie die Rede von Gebietserweiterungen auf Kosten der Tschechoslovakei, weder zu Gunsten Polens noch zu Gunsten Deutschlands. Einmal nur wurde durch mich der Polnischen Regierung der Vorschlag gemacht, daß unsere beiden Minderheiten zusammenwirken sollten in ihrem politischen Vorgehen, das dahin zielte, die Not zu mildern, der sie beide durch die Tschechische Polizei ausgesetzt waren, aber dieser Vorschlag wurde von Warschau abgelehnt. Bis zum Frühjahr 1938, als ich zuletzt mit der Lage in der Tschechoslovakei zu tun hatte, wurde in führenden Nazi-Kreisen allgemein zugegeben, daß die Einverleibung des Sudetenlandes den deutschen Interessen nicht dienen würde. HITLER selbst erklärte mir im April 1938 lang und breit, daß jede Grenzziehung zwischen den deutschen und tschechischen Provinzen der Tschechoslovakei Deutschland die Einflußnahme östlich der Tschechoslovakei nehmen würde, während eine mächtige und einflußreiche deutsche Minderheit innerhalb des tschechoslovakischen Staates, die einen Rückhalt an Deutschland habe, den deutschen Einfluß befähigen würde, sich nach dem Osten hin auszubreiten und vielleicht auch das ganze Land zu beherrschen. Er beabsichtigte deshalb, alles zu tun, was in seinen Kräften stand, diese Minderheit zu stützen und ihr zu helfen, in der Tschechoslovakei herrschenden Einfluß zu gewinnen, aber er verfolge nicht die Absicht der Einverleibung.

Es waren nicht nur keine Versprechungen an Polen in Bezug auf tschechisches Gebiet gemacht worden, sondern im Gegenteil, als die Polnische Regierung den Fehler beging, das polnische Teschen zu nehmen, waren die Deutschen höchst ungehalten, da sie hofften, die Gruben und die Industrie von Teschen unter ihren eigenen Einfluß zusammen mit der ganzen Tschechoslovakei zu bekommen.

3. Frage: Als Sie während Ihrer ganzen Dienstzeit in Wien mit dem Angeklagten von PAPEN in enger beruflicher Fühlung standen, die auf den damals freundschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland basierte, hatten Sie da jemals den Eindruck, daß die Tätigkeit des Angeklagten sich in Wirklichkeit auf die Sonderaufgabe beschränkte, die ihm oblag, nämlich die, gute Beziehungen mit der Österreichischen Regierung herzustellen?

Antwort: Die Tätigkeit des Angeklagten in Österreich in der Zeit von August 1937 und Februar 1938 beschränkte sich auf seine Sonderaufgabe, gute Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich herzustellen. Um diese guten Beziehungen zu erreichen, schlug er vor, daß Deutschland die Unabhängigkeit Österreichs anerkennen und garantieren solle, vorausgesetzt, daß Österreich, als zweiter Deutscher Staat, die Verpflichtung auf sich nehmen würde, eine Auslandspolitik in Übereinstimmung mit dem ihr eigenen deutschen Charakter zu betreiben. Der Angeklagte arbeitete nach dieser Richtung hin für eine Lösung und wurde deswegen von der Österreichischen Nazi-Partei, die eine vollständige Union mit Deutschland erstrebte, heftig angegriffen.

Der Angeklagte drückte häufig seine Überzeugung dahin aus, daß die Einverleibung Österreichs nicht in Deutschlands Interesse läge. Dem Letzteren wäre viel besser durch ein unabhängiges aber aufrichtig freundschaftlich gesinntes Österreich gedient, welches im Kriegsfalle die ganze deutsche Südflanke decken würde.

4. Frage: Als Sie während Ihrer ganzen Dienstzeit in Wien mit den Angeklagten VON PAPEN in enger beruflicher Fühlung standen, die auf den damals freundschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland basierte, hatten Sie da jemals den Eindruck, daß seine Absichten eher eine bloß evolutionäre Entwicklung der deutsch-österreichischen Beziehungen einschlossen?

Antwort: Der Angeklagte arbeitete stets für eine evolutionäre Entwicklung der deutsch-österreichischen Beziehungen, wie oben angedeutet. Diese Politik brachte ihm die bittere Feindschaft der einheimischen Nazi-Führer ein, die überzeugt waren, daß ihr Ziel der Vereinigung mit Deutschland

H0728-0112

niemals durch irgendetwas anderes als durch Waffen erreicht werden könne. Leopold beklagte sich mir gegenüber über die Schwäche des Angeklagten in seinen Verhandlungen mit Schuschnigg. Ab ungefähr Herbst 1936 - sobald sie sahen, daß die Befriedungspolitik des Angeklagten nicht so rasch, wie sie hofften, zur totalen Unterwerfung Österreichs führte - begannen die österreichischen Nazis in Berlin zu intrigieren, damit der Angeklagte entlassen werde, und sie erreichten ihr Ziel im Februar 1938, sobald der Angriff gegen Österreich von Hitler beschlossen worden war.

gez. JAN GAWRONSKI

H0728-0113

Rom. Italien

Botschaft, (Konsular-Abteilung) der Vereinigten Staaten von Amerika } SS;

Ich, Byron B. SNYDER, Amerikanischer Vizekonsul in Rom, Italien, vorschriftsmäßig beauftragt und qualifiziert, bescheinige hiermit, daß, auf Grund der vom Politischen Berater der Vereinigten Staaten für Deutschland schriftlich zugestellten Vollmacht des Internationalen Militärgerichts in Nürnberg vom 27.Mai 1946 ich, Jan GAWRONSKI, in meinen Dienstraum in Rom, Italien, am 18.Juni 1946 verhört, und daß besagter Zeuge mir persönlich bekannt und die in der vorstehenden beigefügten Vernehmung benannte und beschriebene Person ist, daß er zunächst von mir dahin vereidigt wurde, die Wahrheit, die reine Wahrheit und nur die Wahrheit bei der Beantwortung der Fragen zu sagen; daß sein Zeugnis vorschriftsmäßig zu Protokoll genommen wurde, und daß das Protokoll nachdem er es durchgelesen und für richtig befunden hatte, von ihm in meiner Gegenwart unterschrieben wurde.

Zum Zeugnis dafür setzte ich hierunter meine Unterschrift und mein Dienstsiegel in Rom, Italien, an diesem 18.Tage des Juni 1946.

gez. BYRON B. SNYDER
Byron B.Snyder
Amerikanischer Vizekonsul.

Siegel Geschäftszeichen:
No. 2980

Keine Gebühren vorgeschrieben
und keine eingenommen.

- - - - - - - - - -

Ich, Dr.Karl Neumann, Br.Exp.F.Permit Nr.112293, bestätige hiermit, daß ich durchaus vertraut mit der englischen und deutschen Sprache bin und daß das Vorstehende eine wahrheitsgemäße und richtige Übersetzung des Dokumentes Nr.106 darstellt.

18.Juli 1946.

Dr. Karl Neumann
Br.Exp.F.Permit Nr.112293

H0728-0114

H0728-0115

V. PAPEN EXHIBIT No. 107

INTERROGATO[illegible] DR. VISSER

H0728-0116

ANTWORT DES ZEUGEN DR. VISSER AUF DEN FRAGEBOGEN DES ANGEKLAGTEN

VON P A P E N.

1. Der Zeuge glaubt, dass er den Angeklagten in Ankara genuegend kannte, um ueber dessen Einstellung zum Kriege Stellung nehmen zu koennen.
2. Der Zeuge ist der Meinung, dass der Angeklagte " den Krieg nicht wuenschte"; der Angeklagte erklaerte dem Zeugen wiederholt, dass er den Krieg sowohl fuer Deutschland als auch fuer Europa fuer ein grosses Ungluecck halte.
3. Im Laufe von Gespraechen, die der Angeklagte mit dem Zeugen zwischen dem 1. September 1939 und dem 10. Mai 1940 fuehrte, hat jener oefters erwaehnt, dass mit allen ihm zur Verfuegung stehenden Mitteln versuche, den Krieg zu beendigen oder auf jeden Fall eine Ausdehnung desselben zu verhindern.
4. Der Zeuge hielt es fuer nicht unmoeglich, englische Beamte von Nachrichten ueber das Bestehen annehmbarer Friedensvorschlaege in Kenntnis zu setzen, falls der Angeklagte ihm diese Nachricht uebermitteln wolle. Der Zeuge hat von Papen entsprechend benachrichtigt.
5. Daraufhin hat der Angeklagte mit dem Zeugen besprochen, welches Verfahren man einschlagen wolle. Der Angeklagte hat dem Zeugen spaeter mitgeteilt, dass der Plan einem Mitglied oder mehreren Mitgliedern der Reichsregierung vorgelegt worden sei und dass er jetzt seine Genehmigung und weitere Anweisungen abwarte.
6. Es stimmt, dass der Zeuge den Angeklagten bevollmaechtigt hatte, in Berlin zu erklaeren, dass der Aussenminister gegen seine Reise nach Berlin zwecks Besprechung dieser Angelegenheit dort und persoenlicher

H0728-0117

Weitergabe der von ihm dort erhaltenen Auskunft an die hoechsten englischen Behoerden in London, keine Einwaende gemacht haette.

7. Der Zeuge erinnert sich daran, dass der Angeklagte im Dezember 1939 niedergeschlagen und enttaeuscht von seiner Reise nach Berlin zurueckkam; der Zeuge glaubte, dass dies darauf zurueckzufuehren sei, dass trotz all seiner Bemuehungen seine Aufgabe ohne Erfolg geblieben war.

8. In Bezugnahme auf die unter 8 gestellte Frage, legt der Zeuge hiermit eine bestaetigte Abschrift des Schreibens vor, welches der Angeklagte an den Zeugen am 10. Mai 1940 gerichtet hat.

gez. Visser

Unterschrift von Dr.Ph.C.Visser, chem. koenigl. Gesandte in Ankara beglaubigt

Den Haag, 27. Juli 1946.

(Unterschrift unleserlich)

Generalsekretaer beim Aussenministerium.

H0728-0118

Abschrift

DER AUSSERORDENTLICHE UND BEVOLLMAECHTIGTE
BOTSCHAFTER DES DEUTSCHEN REICHES

Ankara, 10. Mai 1940.

Verehrter lieber Freund!

Die Tragik in der Europa und seine abendlaendische Mission zu Grunde zu gehen scheinen, erfuellt mich mit tiefer Bitterkeit. Die rollende Lawine fragt nicht nach dem individuellen Schicksal und es ist vielleicht der schmerzlichste Verlust dieser Zeiten, dass man gute Freunde verlieren muss.

Lassen Sie mich Ihnen in dieser Stunde noch einmal sagen: ich - und wir Alle - sind gluecklich gewesen, dass der Lebensweg uns- wenn auch zu kurz - mit dem " Menschen", dem " Patrioten" und Europaer" Dr. Visser, zusammengefuehrt hat. Ein widriges Geschick hat es uns versagt, gemeinsam etwas Entscheidendes fuer unsere Laender und Europa zu tun.

Ich werde diesen Krieg nicht ueberleben, aber eine gerechte Geschichtsschreibung wird einst feststellen muessen, dass ich - in Masse der auf mit lastenden Verantwortung das Menschenmoegliche versucht habe.

Ich kann von Ihnen nicht verlangen, dass Sie den Menschen von dem Staatsmann trennen - ich kann nur hoffen, dass Sie in der leider zu kurzen Zeit unserer Zusammenarbeit mich verstanden haben.

Fuer die Stunde und die Zukunft muss das Goethewort gelten:

"Nur den gehoert die Freiheit und das Leben,
Der taeglich sie erobern muss!"

Leben Sie wohl und Gott schuetze Sie!

Ihr
FRANZ PAPEN

Stempel
Ministere des
Affaires
Etrangeres des
Pays-Bas

I certify, that the above is the text of the letter, received by Dr.Ph.C.Visser, formerly H.M. Minister at Ankara, from von Papen on May 10th, 1940.

The Hague, 27th July 1946
Unterschrift unleserlich
Secretary-General to the Ministry for
Foreign Affairs.